

15. Sitzung

Mittwoch, 11. Dezember 2002, 8.30 Uhr
im Kantonsratssaal

Vorsitz: Rudolf Burri, Präsident
Protokollführung: Fritz Brechbühl, Ratssekretär
Redaktion: Monika Hager, Bern

Anwesend sind 134 Mitglieder. Abwesend mit Entschuldigung: Heinz Glauser, Max Rötheli, Ursula Deiss, Kurt Küng, Walter Mathys, Edi Baumgartner, Konrad Imbach, Urs Weder, Urs Grütter, Theodor Kocher.
(10)

214/2002

Begrüssung und Mitteilungen des Kantonsratspräsidenten

Rudolf Burri, SP, Präsident. Ich begrüsse Sie herzlich zum zweiten Sitzungstag. Gestern habe ich kurz über den Tod von Leo Schürmann gesprochen; dies nachdem es gemäss Meldungen sein letzter Wille war, dass gar nichts gesagt wird. Er war eine so herausragende politische Persönlichkeit, der man mit einer Randnotiz im Kantonsrat nicht gerecht wird. Von 1957 bis 1967 war er Mitglied des Solothurner Kantonsrats. In dieser Zeit gab es noch keine ständigen Kommissionen. Leo Schürmann hat in über 15 Kommissionen mitgewirkt, in welchen beispielsweise die Familienzulagen, die Anzahl der Kantonsräte, das Wahlgesetz, die Abänderung des Geschäftsreglements, das Rheumagesetz und so weiter besprochen wurden. Seine Vielseitigkeit ist schweizweit bekannt. Er hat seine politische Laufbahn fortgesetzt und wurde Nationalrat. Sein beruflicher Weg führte zum Direktor der SRG. Es wird sich noch an andern Orten die Gelegenheit ergeben, sein politisches Wirken abschliessend zu würdigen. Ich bitte Sie, sich zu Ehren des Verstorbenen von Ihren Sitzen zu erheben. – Danke.

201/2002

Wahl eines Mitglieds der erweiterten Justizkommission

(anstelle von Konrad Imbach, CVP)

In offener Abstimmung wird gewählt:

Rolf Rossel, CVP.

205/2002

Wahl eines Mitglieds der Sozial- und Gesundheitskommission

(anstelle von Martin Wey, CVP)

In offener Abstimmung wird gewählt:

Kurt Friedli, CVP.

207/2002

Wahl eines Mitglieds der erweiterten Justizkommission

(anstelle von Beat Gerber, FdP)

In offener Abstimmung wird gewählt:

Andreas Gasche, FdP.

209/2002

Wahl eines Mitglieds der Sozial- und Gesundheitskommission

(anstelle von Gabriele Plüss, FdP)

In offener Abstimmung wird gewählt:

Kaspar Sutter, FdP.

210/2002

Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission

(anstelle von Edi Baumgartner, CVP)

In offener Abstimmung wird gewählt:

Martin Rötheli, CVP.

211/2002

Wahl eines Mitglieds der Justizkommission

(anstelle von Bernhard Stöckli, CVP)

In offener Abstimmung wird gewählt:

Michael Heim, CVP.

217/2002

Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission

(anstelle von Kurt Spichiger, FdP)

In offener Abstimmung wird gewählt:

Regula Gilomen, FdP.

216/2002

Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission

(anstelle von Verena Hammer-Aeschbacher, FdP)

In offener Abstimmung wird gewählt:

Christina Meier, FdP.

133/2002

Globalbudget Amt für Umwelt; Verpflichtungskredit für die Jahre 2003–2005

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 3. September 2002; der Beschlussesentwurf lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn gestützt auf Artikel 74 lit. b sowie auf Artikel 130 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, § 1 Absatz 3 der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons Solothurn vom 21. Juni 1981, § 8 Absatz 2 der Verordnung über den Versuch mit der wirkungsorientierten Verwaltungsführung im Kanton Solothurn vom 9. Juni 1998, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 3. September 2002 (RRB Nr. 1743), beschliesst:

1. Für die Jahre 2003 bis 2005 werden für das Amt für Umwelt folgende übergeordnete Ziele festgelegt: Die Umwelt soll den nachfolgenden Generationen durch eine nachhaltige Nutzung der Ressourcen lebenswert erhalten bleiben, indem das Amt für Umwelt:
 - 1.1. Den Schutz und die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und Regalien in den Fachbereichen Boden, Wasser, Luft und Stoffe mittels
 - 1.1.1. Umweltbeobachtung und der Bereitstellung von entsprechenden Entscheidungsgrundlagen.
 - 1.1.2. Konzessionen und Bewilligungen für die Nutzung der Umweltgüter.
 - 1.1.3. Sicherstellung von Ver- und Entsorgungseinrichtungen in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Abfallwirtschaft.
 - 1.1.4. Koordination, Planung, Durchsetzung und Erfolgskontrolle der Umweltauflagen, primär auf partnerschaftliche Art und Weise mit allen Beteiligten sicherstellt.
 - 1.2. Menschen, Tiere und Pflanzen vor schädlichen Umwelteinflüssen schützt.
 - 1.3. Die im Amt für Umwelt zusammengefassten Fachstelleninteressen bei raum- und umweltwirksamen Tätigkeiten Dritter wahrt und aktiv mit Fachstellen innerhalb des Kantons und mit Gemeinden, Nachbarkantonen und dem Bund zusammenarbeitet.
 - 1.4. Die Öffentlichkeit über Umweltbelange zweckmässig informiert und dadurch langfristig die Kommunikationsbereitschaft, das gegenseitige Verständnis und die Eigenverantwortung fördert.

2. Für die Jahre 2003 bis 2005 wird für das Amt für Umwelt ein Verpflichtungskredit von insgesamt 8.626 Mio. Fr. beschlossen (Aufwandüberschuss). Dieser ist aufgeteilt in:
 - 2.1. Laufende Rechnung: 16.524 Mio. Fr. (Aufwandüberschuss)
 - 2.2. SF Altlastenfonds: 2.3 Mio. Fr. (Ertragsüberschuss)
 - 2.3. SF Abwasserfonds: 5.6 Mio. Fr. (Ertragsüberschuss)
 - 2.4. SF Entsorgungsfonds: 0.225 Mio. Fr. (Aufwandüberschuss)
 - 2.5. SF Deponienachsorgefonds: 0.223 Mio. Fr. (Ertragsüberschuss)
 3. Der Verpflichtungskredit wird bei einer wesentlichen Änderung der zugrundeliegenden Planungsfaktoren gemäss den Ziffern 2 und 3 der Botschaft angepasst.
 4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
- b) Gemeinsamer, zustimmender Antrag der Umwelt- Bau- und Wirtschaftskommission und der Finanzkommission vom 17. und 24. Oktober 2002 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

Eintretensfrage

Peter Wanzenried, FdP, Sprecher der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission. Gute Arbeit kann man mit Anerkennung honorieren – natürlich nicht nur, aber sicher auch. Dies ist oft mindestens so wichtig wie der finanzielle Aspekt. Beim Amt für Umwelt möchte ich es so halten. Mit einem überraschenden und zukunftsweisenden Beschluss haben wir 1999 zwei Ämter zusammengelegt. Dies betrifft den Leistungsauftrag und das Globalbudget. Das war, wie sich gezeigt hat, ein weiser Entscheid. Bei gleichem Leistungsauftrag wurde eine finanzielle Vorgabe gemacht. Der Sparauftrag, später auch Gegenstand des SO⁺-Sparpakets, hat in Bezug auf das Referenzjahr 1999 Einsparungen von 1,25 Mio. Franken gebracht – dies alleine durch die positive Umsetzung der Synergien. Das neu strukturierte Amt für Umwelt nahm seine Arbeit am 1. September 2000 auf. Ende 2002 wird die dreijährige Konsolidierungsphase abgeschlossen. 15 Prozent des Personals, das heisst 9,5 Stellen, wurden eingespart. Das Ergebnis der Periode 2000–2002 wird unter anderem aus diesem Grund um rund 5 Mio. Franken besser abschliessen. Die Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission stellt neben diesem erfreulichen finanziellen Ergebnis die Erfüllung des Leistungsauftrags fest. Die gute Zusammenarbeit des Amtes mit der Fachgruppe ermöglicht zudem eine zukunftsweisende Weiterentwicklung der Wirkungsindikatoren. Für die Begleitgruppe hat die Verbesserung und die Ergänzung der Wirkungsindikatoren erste Priorität. Die bisherigen Ergebnisse und wahrscheinlich nicht wesentlich veränderte Rahmenbedingungen im Umweltbereich haben die Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission dazu bewogen, das vorliegende Globalbudget zur Annahme zu empfehlen. Wir werden laufend überprüfen, was und wie viel gemacht werden muss. Unser Auftrag an das Amt für Umwelt für die nächsten drei Jahre lautet wie folgt. Die Umwelt und ihre Ressourcen sollen den nachfolgenden Generationen durch eine nachhaltige Nutzung lebenswert erhalten bleiben. Dies bedeutet zum Beispiel, dass Koordination, Planung, Durchsetzung und Erfolgskontrolle der Umweltauflagen durch die Beteiligten primär partnerschaftlich umgesetzt werden. Unser Auftrag an das Amt für Umwelt ist selbstverständlich ausführlicher gehalten. Es würde aber zu weit führen, auf jeden einzelnen Punkt einzugehen. Der beantragte Verpflichtungskredit für die Periode 2003–2005 beträgt 9 Mio. Franken. Er fällt somit bei gleichem Leistungsauftrag um 10 Mio. Franken geringer aus als in der vorangehenden Periode.

Eine persönliche Bemerkung zum Schluss. Das Amt für Umwelt ist gut organisiert und unternimmt mit zukunftsweisenden Ideen grosse Anstrengungen zur Umsetzung des Leistungsauftrags. Als Chef der Begleitgruppe danke ich den Verantwortlichen und Angestellten für den offenen Umgang und die Anstrengungen. Die Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission beantragt Ihnen einstimmig Eintreten und Zustimmung zum vorliegenden Globalbudget.

Urs W. Flück, SP. Dem Globalbudget des Amtes für Umwelt sieht man an, dass es bereits einige Perioden an Erfahrung hinter sich und eine entsprechende Entwicklung durchgemacht hat. Trotz inhaltlichem Gewicht sind Bericht und Globalbudget kurz und prägnant. Die Indikatoren sind in grossem Umfang wirkungsorientiert. Dahinter steckt eine grosse Arbeit seitens des Amtes und der Begleitgruppe der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission. In Gesprächen hat man Lösungen, respektive Indikatoren gesucht. Man sieht, dass sich die Arbeit lohnt. Dies sollte im Hinblick auf die anderen Globalbudgets anregend und motivierend sein. Die übergeordneten Ziele zeigen, dass nicht nur Bundesaufgaben vollzogen werden. Es werden auch Aufgaben erfüllt, die dem Wohl der Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Solothurn und der Umwelt dienen. Mit Informationen und partnerschaftlicher Zusammenarbeit wird ein Fundament für eine nachhaltige Entwicklung auf- und weiter ausgebaut. Die SP tritt auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu.

Wolfgang von Arx, CVP. Die CVP schliesst sich den Sprechern der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission und der SP an. Wir sind auch der Ansicht, dass in diesem Amt sehr gut gearbeitet wird. Abgesehen von den Fonds finanziert sich das Amt selbst; es hat mehr Einnahmen als Ausgaben. Dies ist eine Würdigung wert, ist das doch der richtige Weg, der weiterverfolgt werden soll. Die CVP stimmt dem Globalbudget zu.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Jürg Liechti, FdP. Anna Mannhart hat gestern moniert, dass Indikatoren wie «nach Pfui Teufel eingegangene Klagen» nicht ganz miliztauglich seien. Ich teile die Überzeugung, dass WOV miliztauglicher gemacht werden muss. In solchen Fällen kann man jedoch die Begleitgruppe fragen. Sie weiss, dass mit «Pfui Teufel» das Abbrennen von Abfällen im Freien gemeint ist. Ich möchte Ihnen in Erinnerung rufen, dass mit dem Verbrennen des Inhalts dreier Kehrrihtsäcke im Freien gleich viel Dioxin freigesetzt wird wie im Stahlwerk Gerlafingen in einem Jahr. Daher ist dies eben ein wirkungsorientierter Indikator.

Titel und Ingress, Ziffern 1–4

Angenommen

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfes

Grosse Mehrheit (Einstimmigkeit)

150/2002

Globalbudget für das Amt für Denkmalpflege und Archäologie; Verpflichtungskredit für die Jahre 2003–2005

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 10. September 2002; der Beschlussesentwurf lautet:
Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 lit. b sowie auf Artikel 130 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, § 1 Absatz 3 der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons Solothurn vom 21. Juni 1981, § 8 Absatz 2 der Verordnung über den Versuch mit der wirkungsorientierten Verwaltungsführung im Kanton Solothurn vom 9. Juni 1998, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 10. September 2002 (RRB Nr. 1820), beschliesst:

1. Für die Jahre 2003 bis 2005 werden für das Amt für Denkmalpflege und Archäologie folgende übergeordnete Ziele festgelegt:
 - 1.1. Schutz und Erhaltung historischer Kulturdenkmäler im Interesse der Allgemeinheit als kulturgeschichtliches Erbe.
 - 1.2. Fachgerechte Dokumentation und Pflege der Kulturgüter.
 - 1.3. Verständnis für die Bedeutung des historischen Erbes wecken und fördern.
2. Für die Jahre 2003 bis 2005 wird für das Amt für Denkmalpflege und Archäologie ein Verpflichtungskredit von Fr. 7'954'200 beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit wird bei einer wesentlichen Änderung der zugrundeliegenden Planungsfaktoren gemäss den Ziffern 2 und 3 der Botschaft angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

b) Gemeinsamer, zustimmender Antrag der Bildungs- und Kulturkommission und der Finanzkommission vom 16. Oktober und 27. November 2002 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

Eintretensfrage

Heinz Müller, SVP, Bildungs- und Kulturkommission. Wir sind zu dieser Ehre gekommen wie die Jungfrau zum Kinde: Kurzfristig haben wir das Amt für Denkmalpflege und Archäologie von der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission übernommen. Am 1. Oktober trafen wir beim Amt ein und hatten eher

den Eindruck eines «Indiana Jones»-Films. Wir wurden dann von Herrn Dr. Samuel Rutishauser sehr gut informiert. Im Zusammenhang mit der Archäologie besuchten wir die berühmteste Baustelle in der Stadt Solothurn. Auf der Grossbaustelle entsteht ein neues Parkhaus, und zwischendurch werden auch Skelette ausgegraben. Ab und zu kommt auch einmal eine Kniescheibe abhanden, wie wir lesen konnten. Ansonsten werden vom Amt keine Ausgrabungen gemacht. Das heisst, auch hier muss man sich im Rahmen des Budgets bewegen. Die Denkmalpflege des Kantons Solothurn hat rund 2000 Denkmäler unter Schutz gestellt und betreut diese.

Zum Verpflichtungskredit. In den Jahren 2003 bis 2005 stehen knapp 8 Mio. Franken zur Verfügung. Das heisst, dass jährlich rund 2,651 Mio. Franken zur Verfügung stehen. Für das Jahr 2003 ist ein Ertrag von 6000 Franken in den Unterlagen dargestellt. Das Budget ist gleich hoch wie in den letzten Jahren. Die Differenz von knapp 400'000 Franken betrifft die Abschreibung von Altlasten. Der Leistungsauftrag ist gleich geblieben. Die Details sind ebenfalls in der Vorlage 150/2002 aufgeführt. Die Produktegruppe Öffentlichkeitsarbeit muss infolge des Personalstopps Abstriche machen. Die relevanten Arbeiten können trotz der SO⁺-Massnahme weitergeführt werden. Die Massnahme hatte eine Reduktion um zwei Stellen zur Folge. Eine Stelle konnte intern in das Amt für Raumplanung verschoben werden, wo eine Stelle frei war. Die zweite Stelle musste reduziert werden; eine Kündigung wurde ausgesprochen. In der Produktegruppe Denkmalpflege will man den Indikator «fristgerechte Erledigung der Aufträge» – wie in den vergangenen Jahren – 100-prozentig erfüllen. Man will sicherstellen, dass die Bauherrschaften nicht durch Verzögerungen seitens des ADA verärgert werden. Dies ist für die kantonale Denkmalpflege sicher förderlich. Die Bildungs- und Kulturkommission und die Finanzkommission beantragen Ihnen Zustimmung zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats vom 10. September 2002. Als Fraktionssprecher der SVP stimme ich dem Beschlussesentwurf ebenfalls zu.

Stephan Jäggi, CVP. Wir stimmen der Vorlage ebenfalls zu.

Kurt Henzi, FdP. Sowohl die Archäologie als auch die Denkmalpflege arbeiten unserer Meinung nach effizient und kundenorientiert. Anhand von eigenen Erfahrungen im Bereich von Ausgrabungen und denkmalpflegerischer Begleitung kann ich das bestätigen. Die Gemeinden können auch auf die Unterstützung des ADA zählen. Dies ist für die Erhaltung von Kulturgütern wichtig. Dank dem Globalbudget kann längerfristig geplant werden. Unter der Voraussetzung, dass auch weiterhin Mittel aus dem Lotteriefonds zur Verfügung gestellt werden können, wird das ADA seine Aufgaben erfüllen können. Die FdP/JL-Fraktion ist überzeugt, dass das ADA gute Arbeit leistet. Wir empfehlen die Annahme des Globalbudgets.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress, Ziffern 1–4

Angenommen

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfes

Grosse Mehrheit (Einstimmigkeit)

138/2002

Globalbudget für das Amt für Kultur und Sport; Verpflichtungskredit für die Jahre 2003–2005

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 3. September 2002; der Beschlussesentwurf lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 lit. b sowie auf Artikel 130 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, § 1 Absatz 3 der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons Solothurn vom 21. Juni 1981, § 8 Absatz 2 der Verordnung über den Versuch mit der wirkungsorientierten Verwaltungsführung im Kanton Solothurn vom 9. Juni 1998, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 3. September (RRB Nr. 1749), beschliesst:

1. Für die Jahre 2003 bis 2005 werden für das Amt für Kultur und Sport folgende übergeordnete Ziele festgelegt:
 - 1.1. Kunst und Kultur im Kanton Solothurn erhalten, pflegen und fördern.
 - 1.2. Das Museum Altes Zeughaus erhalten und pflegen.
 - 1.3. Schloss Waldegg als Museum, Begegnungsstätte und Kulturzentrum betreiben.
 - 1.4. Subsidiäre Beiträge an Projekte der Entwicklungshilfe bearbeiten.
 - 1.5. Organisation und Vollzug von Jugend und Sport.
 2. Für die Jahre 2003 bis 2005 wird für das Amt für Kultur und Sport ein Verpflichtungskredit von 13'450'600 Franken beschlossen.
 3. Der Verpflichtungskredit wird bei einer wesentlichen Änderung der zugrunde liegenden Planungsfaktoren gemäss den Ziffern 2 und 3 der Botschaft angepasst.
 4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
- b) Gemeinsamer, zustimmender Antrag der Bildungs- und Kulturkommission und der Finanzkommission vom 16. Oktober und 27. November 2002 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

Eintretensfrage

Rolf Späti, CVP, Sprecher der Bildungs- und Kulturkommission. Ein wichtiges Merkmal des neu aufgelegten Globalbudgets ist die Präzisierung der Leistungsindikatoren in der Produktegruppe Kulturpflege und Kulturförderung. In diesem Budget richtet man sich nach den Vorgaben der vorgesetzten Stellen. Es werden auch Dienstleistungen abgebaut. Betroffen ist vor allem die Beauftragte für Schul- und Gemeindebibliotheken, deren Arbeit nun nicht mehr als Leistungsindikator enthalten ist. Allgemein ist man auf der Suche nach wirkungsorientierten Leistungsindikatoren auch nach sechs Jahren WOV nicht viel schlauer. Es muss erwähnt werden, dass auch auf nationaler Ebene im Bereich Kunstförderung noch keine qualitativ überzeugenden und gültigen Ideen gefunden wurden. Aus dem Bericht, Seite 10, geht hervor, dass der Betrag für die kantonalen Subventionen an die Solothurner Filmtage, das Stadttheater Solothurn und die Zentralbibliothek um 170'000 Franken erhöht wurden. Es stellt sich nun die Frage, wer wie viel erhält. Im Jahr 2003 erhalten die Zentralbibliothek 1,785 Mio., das Stadttheater 450'000 und die Filmtage 120'000 Franken. Ab 2004 erhöhen sich die Beiträge bei der Zentralbibliothek auf 1,82 Mio., beim Stadttheater auf 465'000 und bei den Filmtagen auf 220'000 Franken. Es ist wichtig festzuhalten, dass das Amt einen grossen Teil seiner Gelder aus dem Lotteriefonds bezieht. Die Bildungs- und Kulturkommission stimmt dem Globalbudget für das Amt für Kultur und Sport zu. Dies gilt ebenfalls für die CVP-Fraktion.

Annekäthi Schluep-Bieri, FdP. Offenbar ist es schwierig, im Bereich der Kulturförderung wirkungsvolle Indikatoren zu setzen. Dass es auch auf schweizerischer Ebene noch keine guten Indikatoren in diesem Bereich gibt, macht die Situation für das Amt umso schwieriger. Aus dem Globalbudget geht hervor, dass die Aufgabenpalette breit ist. Unter anderem umfasst es die Kulturförderung, die Kulturpflege und die Bibliotheken.

Stefan Hug, SP. Zu den Indikatoren wurde bereits sehr viel gesagt. Ich bin auch der Meinung, dass die vorliegenden Indikatoren zum Teil wenig Sinn machen. Auf der anderen Seite bin ich überzeugt, dass man durchaus bessere finden könnte. Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen. Bei der Produktegruppe Kulturpflege und Kulturförderung hat man einen Indikator «Lotteriefondsmittel von XY Franken». Man hat auch die bearbeiteten Gesuche mit der entsprechenden Zahl. In diesem Zusammenhang müsste uns als Politiker interessieren, welche Gesuche bewilligt werden und wie die Bearbeitungsfrist der Gesuche aussieht. Eine blossige Zahl ist weniger interessant. Ein zweites Beispiel. In derselben Produktegruppe gibt es einen Indikator «Subventionen» mit einem Betrag. Diese Information könnte man auch der Rechnung entnehmen; sie ist nicht das, was ich unter einem Leistungsindikator und erst recht nicht unter einem Wirkungsindikator verstehe. Ich weiss, es ist nicht einfach. Aber ich bin überzeugt, mit etwas gutem Willen seitens des Amts und der vorberatenden Kommission könnten sehr wohl sinnvollere Indikatoren gefunden werden.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress, Ziffern 1–4

Angenommen

Schlussabstimmung
Für Annahme des Beschlussesentwurfes

Grosse Mehrheit (Einstimmigkeit)

148/2002

Globalbudget für die pädagogische Fachhochschule Solothurn; Verpflichtungskredit für die Jahre 2003–2005

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 10. September 2002; der Beschlussesentwurf lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 lit. b sowie auf Artikel 130 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, § 1 Absatz 3 der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons Solothurn vom 21. Juni 1981, § 8 Absatz 2 der Verordnung über den Versuch mit der wirkungsorientierten Verwaltungsführung im Kanton Solothurn vom 9. Juni 1998, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 10. September 2002 (RRB Nr. 1822), beschliesst:

1. Für die Jahre 2003 bis 2005 werden für die Pädagogische Fachhochschule Solothurn folgende übergeordnete Ziele festgelegt:
 - 1.1. Aufbau und Weiterentwicklung der Pädagogischen Fachhochschule nach den gesetzlichen kantonalen und interkantonalen Regelungen, mit qualitativ hochstehendem, kostengünstigem und auf die Bedürfnisse des solothurnischen Schulwesens ausgerichtetem Leistungsangebot;
 - 1.2. Sicherung des benötigten qualifizierten Nachwuchses an Lehrkräften für die Volksschule des Kantons Solothurn durch praxisbezogene, wissenschaftlich fundierte Ausbildung von Lehrkräften für den Kindergarten und die Primarschulstufe nach den kantonalen und interkantonalen Vorgaben;
 - 1.3. Weiterbildung der Lehrkräfte der Volksschule und des Kindergartens, unter Berücksichtigung der Vorgaben und Schwerpunkte des Departements für Bildung und Kultur;
 - 1.4. Weiterentwicklung der Qualität des solothurnischen Schulwesens mit Weiterbildung, anwendungsbezogener Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen.
2. Für die Jahre 2003 bis 2005 wird für die Pädagogische Fachhochschule ein Verpflichtungskredit von 35.55 Mio. Fr. beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit wird bei einer wesentlichen Änderung der zugrundeliegenden Planungsfaktoren gemäss den Ziffern 2 und 3 der Botschaft angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

b) Gemeinsamer, zustimmender Antrag der Bildungs- und Kulturkommission und der Finanzkommission vom 16. Oktober und 27. November 2002 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

Eintretensfrage

Stefan Liechti, FdP, Sprecher der Bildungs- und Kulturkommission. Letztes Jahr haben wir anlässlich der Session in Olten das Rahmengesetz für die Pädagogische Fachhochschule angenommen. Heute liegt das entsprechende Globalbudget vor. Bei der Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben wurde gute Arbeit geleistet. Übergeordnete Ziele wie der Aufbau einer qualitativ hoch stehenden, kostengünstigen Schule mit praxisbezogener und wissenschaftlich fundierter Aus- und Weiterbildung, der Aufbau und die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit andern Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen sowie der Aufbau eines Systems für die Qualitäts- und Unterrichtsqualitätssicherung wurden konsequent angegangen. Das Globalbudget ist in die drei Produktgruppen Ausbildung, Weiterbildung sowie Forschung und Entwicklung unterteilt. Die Leistungsindikatoren scheinen sinnvoll gesetzt zu sein, und man darf auf die ersten Quartals- und Semesterberichte gespannt sein.

Bei genauem Betrachten der Finanzzahlen fällt einem jedoch etwas auf. SO⁺ hat der neuen Fachhochschule ein Kostendach von 9,5 Mio. Franken zugestanden. Sie werden sich daran erinnern, dass wir den Kredit seinerzeit sogar noch gekürzt haben. Heute stimmen wir über 12,1 Mio. Franken ab. Welches ist der Grund für diese Abweichung? Diese Abweichung – und es handelt sich wirklich um eine Abweichung, nicht um eine Steigerung – ist durch einen andern Entscheid des Kantonsrats begründet, nämlich

durch das Prinzip der Kostenwahrheit. Dieser Kostenwahrheit entsprechend werden neue Overheadkosten und Gebäudemieten vor Ort verrechnet. Konkret bedeutet dies, dass die 2,6 Mio. Franken keine zusätzlichen Kosten im Sinne von Mehrausgaben sind. Es sind vielmehr umgelagerte Kosten, welche den Gesamthaushalt des Kantons Solothurn nicht belasten. Die Bildungs- und Kulturkommission empfiehlt Ihnen, das vorliegende Globalbudget anzunehmen. Die FdP/JL-Fraktion ist ebenfalls dieser Meinung. Auch dem SP-Antrag können wir zustimmen. Die interkantonale Zusammenarbeit ist bekanntlich ein übergeordnetes Ziel und war in der Debatte um das Gesetz ein wichtiges Argument der Befürworter. Dass sie im Beschlussesentwurf nicht ausdrücklich erwähnt wird, hat wohl damit zu tun, dass die Zusammenarbeit als Mittel zum Zweck dient und so in den genannten vier Zielen impliziert ist. Wollen wir jedoch in diesem Bereich zusätzlich Druck machen, so ist die neue Ziffer 1.5 durchaus sinnvoll.

Michael Heim, CVP. Der Sprecher der Bildungs- und Kulturkommission hat das meiste bereits gesagt. Ich möchte noch etwas zu den Indikatoren sagen. In diesem Globalbudget wurden sie sinnvoll und zielgerecht gewählt – dies kann nicht von allen Globalbudgets behauptet werden. Im Namen der CVP-Fraktion empfehle ich das Globalbudget zur Annahme, um so der Pädagogischen Fachhochschule den bestmöglichen Start zu garantieren. Die CVP-Fraktion stimmt dem Antrag der SP ebenfalls zu. Eine enge Zusammenarbeit mit andern Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen ist sicherlich erwünscht. Unserer Meinung nach ist dieses übergeordnete, langfristige Ziel in der Vorlage quasi zwischen den Zeilen bereits enthalten. Dass es nun explizit erwähnt wird können wir auch unterstützen.

Magdalena Schmitter, SP. Mit dem vorliegenden Globalbudget geben wir der neuen Bildungsinstitution den Startschuss. Ich danke für die Unterstützung unseres Antrags und möchte ihn noch begründen. Es wurde gesagt, das übergeordnete Ziel stehe zwischen den Zeilen. Wir haben es auch zwischen den Zeilen vermisst. Die SP hat vor gut einem Jahr dem Gesetz über die Pädagogische Fachhochschule zugestimmt. In der Vernehmlassung hatten wir uns zur Führung einer eigenen Pädagogischen Fachhochschule kritisch geäußert. Wie viele andere Vernehmlasser auch haben wir stark auf eine Kooperation mit andern Bildungs- und Forschungsinstitutionen gepocht. In der Vorlage zum Globalbudget findet man die Zielsetzung einer engen Zusammenarbeit mit andern Bildungs- und Forschungseinrichtungen – Stefan Liechti hat darauf hingewiesen – unter den langfristigen, übergeordneten Zielen auf Seite 6. Unter den übergeordneten Zielen für die erste Globalbudgetperiode sucht man dieses Ziel jedoch vergeblich. Man findet nicht einmal eine angedeutete Absicht im Leistungsauftrag. Das hat uns Sorgen gemacht. Vor einem Monat wurden wir über die Entwicklung der Fachhochschule Nordwestschweiz informiert. Ein enger Zusammenschluss muss geprüft werden. Ebenso steht der Einbezug der Pädagogik auf dem Programm. Das heisst, die Landschaft der Fachhochschulen, auch der Pädagogischen Fachhochschule, ist immer noch und immer wieder in Bewegung. Und diese Bewegung geht offenbar nicht in Richtung vieler kleiner Schulen – klein aber fein –, wie wir es vielleicht gerne hätten. Sondern sie geht eben in Richtung Zusammenschlüsse. Darum müssen wir die Zusammenarbeit mit andern suchen, aufbauen und pflegen. Das muss jetzt geschehen, nicht erst in ein paar Jahren, wenn die Strukturen gefestigt sind. Für uns ist die Zusammenarbeit nicht nur ein Mittel zur Erreichung der andern Ziele, sondern selbst ein wichtiges Ziel. Ich möchte nicht in Peter Meiers letztjährige Kassandrarufo einstimmen – Sie erinnern sich vielleicht daran. Im Namen der SP möchte ich der Regierung den Rücken stärken, damit sie die enge Kooperation der Pädagogischen Fachhochschule mit andern Bildungs- und Forschungseinrichtungen offensiv angeht und vorantreibt. Aus diesem Grund stellen wir den Antrag, dem Sie offenbar zustimmen können. Die Zustimmung fällt umso leichter, als damit keine Ausweitung des Leistungsauftrags mit Kostenfolgen verbunden ist. Wir treten auf die Vorlage ein und danken für Ihre Zustimmung.

Reto Schorta, SVP. Die SVP-Fraktion ist erfreut, zum ersten Mal über das Globalbudget der Pädagogischen Fachhochschule befinden zu können und unterstützt den Verpflichtungskredit ebenfalls. Der Antrag der SP stiess bei uns anfänglich auf wenig Verständnis, gehört sein Inhalt doch zu den Zielen und Voraussetzungen der Pädagogischen Fachhochschule, obwohl er im Beschlussesentwurf nicht enthalten ist. Da die Rahmenbedingungen in Sachen Forschung und Weiterbildung hoch gehalten werden sollen, haben wir keine Probleme mit diesem Antrag und werden ihn unterstützen.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress, Ziffern 1.1., 1.2., 1.3., 1.4.

Angenommen

Antrag Fraktion SP

Neue Ziffer 1.5.

Aufbau und Weiterentwicklung einer engen Zusammenarbeit mit andern Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen inner- und ausserhalb der Pädagogik.

Abstimmung

Für den Antrag Fraktion SP

Grosse Mehrheit (Einstimmigkeit)

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfes

Grosse Mehrheit (Einstimmigkeit)

Der bereinigte Kantonsratsbeschluss lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 lit. b sowie auf Artikel 130 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, § 1 Absatz 3 der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons Solothurn vom 21. Juni 1981, § 8 Absatz 2 der Verordnung über den Versuch mit der wirkungsorientierten Verwaltungsführung im Kanton Solothurn vom 9. Juni 1998, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 10. September 2002 (RRB Nr. 1822), beschliesst:

1. Für die Jahre 2003 bis 2005 werden für die Pädagogische Fachhochschule Solothurn folgende übergeordnete Ziele festgelegt:
 - 1.1. Aufbau und Weiterentwicklung der Pädagogischen Fachhochschule nach den gesetzlichen kantonalen und interkantonalen Regelungen, mit qualitativ hochstehendem, kostengünstigem und auf die Bedürfnisse des solothurnischen Schulwesens ausgerichteten Leistungsangebot;
 - 1.2. Sicherung des benötigten qualifizierten Nachwuchses an Lehrkräften für die Volksschule des Kantons Solothurn durch praxisbezogene, wissenschaftlich fundierte Ausbildung von Lehrkräften für den Kindergarten und die Primarschulstufe nach den kantonalen und interkantonalen Vorgaben;
 - 1.3. Weiterbildung der Lehrkräfte der Volksschule und des Kindergartens, unter Berücksichtigung der Vorgaben und Schwerpunkte des Departements für Bildung und Kultur;
 - 1.4. Weiterentwicklung der Qualität des solothurnischen Schulwesens mit Weiterbildung, anwendungsbezogener Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen.
 - 1.5. Aufbau und Weiterentwicklung einer engen Zusammenarbeit mit andern Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen inner- und ausserhalb der Pädagogik.
2. Für die Jahre 2003 bis 2005 wird für die Pädagogische Fachhochschule ein Verpflichtungskredit von 35.55 Mio. Fr. beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit wird bei einer wesentlichen Änderung der zugrundeliegenden Planungsfaktoren gemäss den Ziffern 2 und 3 der Botschaft angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

151/2002

Globalbudget Kantonales Steueramt (KStA); Verpflichtungskredit für die Jahre 2003–2005

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 10. September 2002; der Beschlussesentwurf lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 lit. b sowie auf Artikel 130 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, § 1 Absatz 3 der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons Solothurn vom 21. Juni 1981, § 8 Absatz 2 der Verordnung über den Versuch mit der wirkungsorientierten Verwaltungsführung im Kanton Solothurn vom 9. Juni 1998, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 10. September 2002 (RRB Nr. 1825), beschliesst:

1. Für die Jahre 2003 bis 2005 werden für das KSTA folgende übergeordnete Ziele festgelegt:
 - 1.1. Fristgerechte und rechtsgleiche Einschätzung für die direkten Staatssteuern und die Nebensteuern des Staates sowie für die direkte Bundessteuer im ganzen Kanton.
 - 1.2. Bezug der direkten Staatssteuern und Nebensteuern des Staates sowie der direkten Bundessteuer.

- 1.3. Speditive Rückerstattung der Verrechnungssteuern und Anrechnung von ausländischen Quellensteuern (Pauschale Steueranrechnung, US-Rückbehalt).
 - 1.4. Führen eines Meldewesens zwischen Steuerbehörden sowie eines Auskunftswesens für andere Verwaltungsbehörden und Gerichte (AHV-Organen, Wehrpflichtersatzverwaltung, KVG, usw.).
 - 1.5. Vollzug der StG-Revision gemäss KRB 190/2001 vom 22.5.2002, sowie Einführung der neuen Katasterwerte für die Steuerperiode 2004.
 2. Für die Jahre 2003 bis 2005 wird für das KSTA ein Verpflichtungskredit von Mio. Fr. 65'188 beschlossen.
 3. Der Verpflichtungskredit wird bei einer wesentlichen Änderung der zugrundeliegenden Planungsfaktoren gemäss den Ziffern 2 und 3 der Botschaft angepasst.
 4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
- b) Änderungsantrag der Finanzkommission vom 30. Oktober 2002 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

Eintretensfrage

Andreas Bühlmann, SP, Sprecher der Finanzkommission. Die Finanzkommission hat zu diesem Globalbudget insbesondere die folgenden Punkte diskutiert. Der Leistungsauftrag hat sich aufgrund der Ablehnung der Vorlage zu den Katasterwerten verändert. Die Einführung von neuen Katasterwerten für die Jahre 2003 und 2004 fällt weg. Damit fällt auch die Anzahl der freigegebenen Grundstücke von 70'000 auf 40'000 zurück. Die Kosten je Grundstück werden durchschnittlich auf 35 Franken ansteigen. Auch der Anstieg der Veranlagungskosten um 10 Prozent wurde diskutiert. Dies wurde mit der Überwälzung zusätzlicher Kosten – Overheadkosten, Porti etc. –, aber auch mit der Anstellung neuer Leute – eine Stelle bei den juristischen Personen und befristete Stellen bei der Veranlagung von natürlichen Personen begründet. Dies hat die Finanzkommission nicht kritisiert – im Gegenteil, zahlt sich doch eine genügende Dotation des Steueramts in der Regel durch höhere Steuereingänge aus. Wir wurden darüber informiert, dass die Rekrutierung guter Steuerbeamte im gegenwärtigen Marktumfeld nicht einfach sei. Lohnnachteile im Vergleich zur Privatwirtschaft sind an der Tagesordnung. Angestellte erhalten aufgrund der Fähigkeiten, welche sie bei der Steuerbehörde gelernt haben, einen deutlichen Aufpreis. Sie helfen dann mit, Steuern zu optimieren, wie man das nennt. Auch im Vergleich zu andern Kantonen und zum Bund sind unsere Steuerbeamte teilweise im Nachteil. Die Finanzkommission wird diese Entwicklung weiterverfolgen.

Wir wurden darüber informiert, dass aufgrund des Systemwechsels zur Gegenwartsbesteuerung der Steuerausstand auf über 200 Mio. Franken ansteigen wird. Offenbar gibt es Leute, die nicht bezahlen, bis das Rechtsinkasso beginnt. Die Finanzkommission unterstützt die Haltung der Steuerbehörde, wonach das Inkasso intensiviert wird. Im Übrigen stimmt die Finanzkommission dem Globalbudget zu und bittet Sie, darauf einzutreten und dem korrigierten Beschlussesentwurf – der aufgrund der Ablehnung der Katastervorlage angepasst werden musste – ebenfalls zuzustimmen.

Rolf Grütter, CVP. Auch die CVP-Fraktion stimmt dem Globalbudget zu. In der Finanzkommission wurde diskutiert, wie die Abgrenzungspraxis gehandhabt werden soll – periodengerecht oder nach Eingang. Periodengerecht heisst, dass die Steuern in demjenigen Jahr eingefordert werden, für welches sie bezahlt werden. Die Finanzkommission hat beschlossen, in den nächsten drei Jahren den Steuereingang für die Abgrenzung zu berücksichtigen. Es ist wichtig, dass das einmal gesagt wird. Wir haben uns für drei Jahre entschieden, damit ein Vergleich möglich wird. Einmal mehr ist die CVP-Fraktion auf den Umstand gestossen, dass das Inkasso der uneinbringlichen Steuern 10 Mio. Franken beträgt. Das tut uns weh. Es handelt sich um Gelder, welche der Staat zugute hat, die er aber offenbar auch mit allen Mitteln nicht einbringen kann. Das ist kein Vorwurf, sondern eine Feststellung. Wir hoffen, dass diese Zahl nicht ansteigen wird. In wirtschaftlich schlechten Zeiten hat dieser Posten natürlich eher die Tendenz, zu- statt abzunehmen.

Die CVP-Fraktion stimmt dem Antrag der Finanzkommission zu. Das macht Sinn, wurde es doch durch die Volksabstimmung so ausgelöst. Ein Hinweis noch Ziffer 2 des Beschlussesentwurfs: Die korrekte Zahl müsste 65'188'200 Franken lauten.

Hansruedi Wüthrich, FdP. die FdP/JL-Fraktion schliesst sich den Erläuterungen der Vorredner an und stimmt der Vorlage zu.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress, Ziffern 1., 1.1, 1.2., 1.3., 1.4.

Angenommen

Ziffer 1.5

Antrag Finanzkommission

Ziffer 1.5. soll neu wie folgt lauten:

Vollzug der StG-Revision gemäss KRB 190/2001 vom 22.5.2002.

Rudolf Burri, SP, Präsident. Ich gehe davon aus, dass die Ergänzung von Rolf Grütter zu Ziffer 2 korrekt ist.

Ziffern 2–4

Angenommen

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfes

Grosse Mehrheit (Einstimmigkeit)

Der bereinigte Kantonsratsbeschluss lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 lit. b sowie auf Artikel 130 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, § 1 Absatz 3 der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons Solothurn vom 21. Juni 1981, § 8 Absatz 2 der Verordnung über den Versuch mit der wirkungsorientierten Verwaltungsführung im Kanton Solothurn vom 9. Juni 1998, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 10. September 2002 (RRB Nr. 1825), beschliesst:

1. Für die Jahre 2003 bis 2005 werden für das KSTA folgende übergeordnete Ziele festgelegt:
 - 1.1. Fristgerechte und rechtsgleiche Einschätzung für die direkten Staatssteuern und die Nebensteuern des Staates sowie für die direkte Bundessteuer im ganzen Kanton.
 - 1.2. Bezug der direkten Staatssteuern und Nebensteuern des Staates sowie der direkten Bundessteuer.
 - 1.3. Speditive Rückerstattung der Verrechnungssteuern und Anrechnung von ausländischen Quellensteuern (Pauschale Steueranrechnung, US-Rückbehalt).
 - 1.4. Führen eines Meldewesens zwischen Steuerbehörden sowie eines Auskunftswesens für andere Verwaltungsbehörden und Gerichte (AHV-Organen, Wehrpflichtersatzverwaltung, KVG, usw.).
 - 1.5. Vollzug der StG-Revision gemäss KRB 190/2001 vom 22.5.2002.
2. Für die Jahre 2003 bis 2005 wird für das KSTA ein Verpflichtungskredit von Mio. Fr. 65'188'200 beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit wird bei einer wesentlichen Änderung der zugrundeliegenden Planungsfaktoren gemäss den Ziffern 2 und 3 der Botschaft angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

132/2002

Globalbudget Finanzkontrolle; Verpflichtungskredit für die Jahre 2003–2005

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 3. September 2002 ; der Beschlussesentwurf lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 lit. b sowie auf Artikel 130 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, § 1 Absatz 3 der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons Solothurn vom 21. Juni 1981, § 8 Absatz 2 der Verordnung über den Versuch mit der wirkungsorientierten Verwaltungsführung im Kanton Solothurn vom 9. Juni 1998, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 3. September 2002 (RRB Nr. 1735), beschliesst:

1. Für die Jahre 2003 bis 2005 wird für die Finanzkontrolle folgendes übergeordnetes Ziel festgelegt:
Sicherstellung einer wirksamen parlamentarischen und verwaltungsinternen Finanzaufsicht.

2. Für die Jahre 2003 bis 2005 wird für die Finanzkontrolle ein Verpflichtungskredit von 2,090 Mio. Franken beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit wird bei einer wesentlichen Änderung der zugrundeliegenden Planungsfaktoren gemäss den Ziffern 2 und 3 der Botschaft angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

b) Zustimmender Antrag der Finanzkommission vom 27. November 2002 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

Eintretensfrage

Andreas Bühlmann, SP, Sprecher der Finanzkommission. Die Finanzkommission hat sich mit dieser Vorlage intensiv auseinander gesetzt, nimmt doch die Finanzkontrolle eine sehr zentrale Rolle wahr und ist die engste und beste Informationsquelle für die Aufsichtsbereiche der Finanzkommission. Die Finanzkommission hat zustimmend zur Kenntnis genommen, dass die Prüfungsintervalle verkürzt werden sollen. Dies sollte mithelfen, dass die Umsetzung von Revisionspendenzen und die Wirksamkeit rascher kontrolliert werden können. Allerdings ist in diesem Zusammenhang klar festzuhalten, dass die Umsetzung einer Beanstandung der Finanzkontrolle Aufgabe des Managements, das heisst der Amtsvorsteher und der Departemente ist. Es kann nicht sein, dass man sich nicht darum kümmert, ob entsprechende Korrekturmassnahmen wirklich vorgenommen wurden. Dies mit der Begründung, die Finanzkontrolle komme dann schon irgendwann einmal und schaue das an. Gerade im Zusammenhang mit WOV wird die Controlling-Aufgabe in den Departementen und Ämtern immer zentraler. Damit ist ein zweiter Schwerpunkt der zukünftigen Ausrichtung der Finanzkontrolle genannt. Sie will den WOV-Prozess enger begleiten. Das Schwergewicht der Finanzkontrolle wird in der Überprüfung der Wirksamkeit der Kosten- und Leistungsrechnungen liegen. In Zukunft müsste es zu den Aufgaben der Finanzkontrolle gehören, die Indikatoren auf ihre Aussagekraft hin zu überprüfen. Dabei kann die Finanzkontrolle die an die Grenze des Machbaren stossenden Milizparlamentarier entsprechend unterstützen. Die Balance zwischen den Aufgaben der Controlling-Stellen in den Departementen einerseits und Ämtern andererseits und der Finanzkontrolle zu finden, wird eine anspruchsvolle Aufgabe der WOV-Zukunft sein. Doppelspurigkeiten sind auf jeden Fall zu vermeiden.

Im Licht der neuen Aufgaben der Finanzkontrolle hat die Finanzkommission der Schaffung einer zusätzlichen Stelle für das Jahr 2004 zugestimmt. Aus diesem Grund bitte ich Sie, dem Antrag der SVP nicht zu folgen. Aus meiner Sicht ist die Finanzkontrolle auch mit der zusätzlichen Stelle noch immer nicht überdotiert – im Gegenteil. Wir bitten Sie, auf das Geschäft einzutreten und dem Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Hans Rudolf Lutz, SVP. Gestern haben wir viel Gescheites über die Entwicklung der Finanzen in unserm Kanton gehört. Mehrmals wurde über die Wirkung exogener Parameter geklagt, die wir nicht beeinflussen können. Wenn es hingegen um unser eigenes Personal und insbesondere um die Schaffung neuer Stellen geht, so ist das endogen; das heisst hausgemacht. Die SVP ist klar der Meinung, im Moment sollten keine neuen Stellen geschaffen werden. Dies weil wir immer noch rote Zahlen schreiben und das Personal bekanntlich den grössten Kostenfaktor darstellt. Langfristig werden wir nicht darum herumkommen, auch im Personalsektor Restrukturierungen vorzunehmen. Der Anfang dieses Prozesses bildet sicher zunächst ein Verzicht auf neue Stellen. Folgendes ist übrigens merkwürdig. Jahr für Jahr bewilligen wir 8 bis 10 Mio. Franken für EDV-Installationen, Software und Ausbildung. All dies hat zum Zweck, dass unsere Leute effizienter arbeiten und wir rascher bessere Daten erhalten. Und dennoch müssen wir immer noch mehr Personal haben anstatt weniger. Dies wurde im Zusammenhang mit den EDV-Installationen schon mehrmals gesagt.

Kürzlich sah ich eine Broschüre mit dem Kursangebot für das Staatspersonal. Es ist klar, dass wir grundsätzlich Ausbildung betreiben müssen. Die Devise lautet «éducation permanente». Ob dies jedoch in dem Umfang nötig ist, wie das bei unserem Personal der Fall ist, möchte ich bezweifeln. Dabei geht ja auch Zeit verloren. Diese Zeit steht dann nicht zur Verfügung, wenn man Aufgaben auf mehrere Schultern verteilen oder neue Aufgaben annehmen will. Wir sind klar der Auffassung, dass es keinen zusätzlichen Finanzcontroller braucht. Wir haben vom Sprecher der Finanzkommission gehört, dass die Kontrolle primär von den Verantwortlichen für die Globalbudgets gemacht wird. Das ist auch richtig so und im Sinne der WOV-Philosophie. Wir bitten Sie daher, dem Antrag auf Plafonierung des Personals im Bereich der Finanzkontrolle zuzustimmen.

Hansruedi Wüthrich, FdP. Ich äussere mich nicht als Präsident der Finanzkommission, sondern als Sprecher der FdP/JL-Fraktion. Bei allem Verständnis für die Sparbemühungen der SVP muss ich feststellen,

dass sie hier das falsche Objekt für einen Personalstopp erwischt hat. Es ist bezeichnend, dass in der Regel seitens der SVP der grösste Applaus kommt, wenn die Finanzkontrolle mit Ergebnissen an die Öffentlichkeit gelangt. Ich bitte Sie, den Antrag der SVP abzulehnen, denn er bewirkt eine Schwächung des Parlaments. Die Finanzkontrolle ist ein Instrument des Parlaments und der Finanzkommission. Mit dem Antrag der SVP würden wir sicher am falschen Ort sparen. Aufgabe der Finanzkontrolle ist es, sicherzustellen, zu überwachen und zu rapportieren, dass mit den Mitteln des Staats sparsam umgegangen wird. Wenn wir der Finanzkontrolle die entsprechenden Ressourcen nicht zur Verfügung stellen, wird sie in der Ausführung ihres Auftrags eingeschränkt. Persönlich neige ich eher zur Ansicht, dass wir bei der Finanzkontrolle personell auf dem absoluten Minimum fahren. Ich erinnere an die Ereignisse rund um das AWA. Eine Frage lautete, warum es so lange gedauert habe, bis die Finanzkontrolle das aufgedeckt habe. Der Kommissionssprecher hat eine Begründung genannt. Die Finanzkontrolle will die Revisionsintervalle beschleunigen. Dies bedingt jedoch, dass man ihr die personellen Mittel gibt. Man denke auch an das Drama um die Subventionen bei den Lehrerbesoldungen. Es gibt noch weitere Ereignisse, auf welche ich aus aktuellem Anlass noch Bezug nehmen könnte – ich möchte das aber unterlassen.

Wir haben im Moment 5,1 Stellen. Mit der Erweiterung um 1,4 kommen wir auf 6,5 Stellen. Der Kanton Aargau hat 8,5 Stellen, Baselland 9 und Basel-Stadt 15. Der Kanton Graubünden hat 13, der Kanton Luzern 10 und der vergleichbare Kanton Thurgau hat zur Zeit eine Dotierung von 6 Stellen. Mit unseren 6,5 Stellen liegen wir sicher nicht völlig daneben. Ich bitte Sie, diesen Antrag auch im Interesse des Parlaments abzulehnen.

Rolf Grütter, CVP. Ich möchte in das gleiche Horn stossen wie meine Vorgänger. Hansruedi Wüthrich hat es gesagt: Wir haben 5,1 Stellen, wovon jedoch nur 4,7 besetzt sind. In diesem Bereich der Finanzkontrolle besteht eine Vakanz. Sämtliche Vorfälle der letzten Jahre, die Unregelmässigkeiten gezeigt haben, wurden von der Finanzkontrolle aufgedeckt. Die Finanzkontrolle ist ein Instrument, welches das Parlament unbedingt braucht; handelt es sich doch um sein wichtigstes Kontrollinstrument. Wie eine Fraktion den Antrag stellen kann, das Parlament zu schwächen, ist mir ein Rätsel – das bringt wohl nur die SVP fertig. Hansruedi Wüthrich hat gesagt, wie viele Stellen wir im Vergleich zu den andern Kantonen haben. Als ich diesen Antrag sah, habe ich mich schon ein wenig gefragt, was das soll. Man könnte an vielen Orten des Kantons beantragen, dass keine Stellen geschaffen werden sollen. Warum man ausgerechnet beim wichtigsten Instrument, über welches das Parlament verfügt, auf die Schaffung entsprechender Stellen verzichten will, konnte ich mir nicht erklären. Dies insbesondere auch deshalb, weil man aus personellen Gründen gewisse Sachen nicht angehen kann, die man aus der Sicht des Parlamentariers und des Steuerzahlers angehen müsste. Die CVP-Fraktion bittet Sie, dem Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Markus Schneider, SP. Auch die SP-Fraktion stimmt dem Beschlussesentwurf zu und unterstützt insbesondere den Ausbau der Finanzkontrolle um eine Stelle ab Mitte 2004. Auch wir sind der Auffassung, die Finanzkontrolle erfülle eine wichtige und für den Kantonsrat unerlässliche, vor allem aber eine für Regierung und Verwaltung manchmal unbequeme Rolle. Die Finanzkontrolle ist ihre Aufgabe bis jetzt seriös und höchst professionell angegangen. Entsprechend auch unsere Stellungnahme zum Antrag der SVP. Liebe Kolleginnen und Kollegen der SVP, euer Antrag kommt mir so vor, als hättet ihr bereits jahrzehntelang die absolute Mehrheit in der Regierung und damit kein Interesse an einer starken Stellung des Parlaments, einem kritischen und unbequemen Gegenspieler und Partner der Regierung. Darüber hinaus ist der Ausbau notwendig und mit Rücksicht auf die WOV-Gesetzgebung absolut dringend. Andreas Bühlmann ist auf diesen Punkt bereits eingegangen. Die Finanzaufsicht wird inhaltlich erweitert, und der Aufsichtsbereich wird um wichtige Gebiete ergänzt. Beispielsweise wird neu der Bereich der subventionierten Organisationen und Personen durch die Finanzkontrolle abgedeckt. Man kann nun sagen, man wolle damit warten, bis der WOV-Prozess in Stein gemeisselt ist. Dafür hätte ich ein gewisses Verständnis. Wesentliche Effekte des WOV-Prozesses sind jedoch bereits spürbar. Der Prozess hat vor allem, aber nicht nur, positive Effekte. Neben den Freiheiten, die sich betriebswirtschaftlich positiv auswirken, sind auch gewisse negative Effekte spürbar – das Stichwort AWA wurde bereits genannt. Es gilt die Regel: Je schneller man fahren will, desto besser müssen die Bremsen sein. In diesem Sinn lehnen wir den Antrag der SVP ab.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress, Ziffer 1

Angenommen

Ziffer 2

Antrag Fraktion SVP

Die Personalstellen sind für die ganze Planungsperiode auf 5,1 zu belassen.

Abstimmung

Für den Antrag Fraktion SVP

Dagegen

Minderheit

Grosse Mehrheit

Ziffern 3–4

Angenommen

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfes

Grosse Mehrheit

154/2002

Globalbudget für das Gesundheitsamt; Verpflichtungskredit für die Jahre 2003–2005

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 17. September 2002; der Beschlussesentwurf lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Buchstabe b und 130 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, § 1 Absatz 3 der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons Solothurn vom 21. Juni 1981, § 8 Absatz 2 der Verordnung über den Versuch mit der wirkungsorientierten Verwaltungsführung im Kanton Solothurn vom 9. Juni 1998; nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 17. September 2002 (RRB Nr. 1889), beschliesst:

1. Für die Jahre 2003 bis 2005 gelten für das Gesundheitsamt die folgenden übergeordneten Ziele:
 - 1.1. Förderung der Gesundheit und Verhütung von Krankheiten und Unfällen
 - 1.2. Schutz der Bevölkerung vor Gefährdung und Täuschung im Bereich der Lebens- und Heilmittel
 - 1.3. Öffentliches Gesundheitswesen wirkungsvoll regeln und überwachen
 - 1.4. Zu einer angemessenen und wirtschaftlich tragbaren medizinischen Versorgung beitragen
2. Für die Erfüllung des Leistungsauftrages in den Jahren 2003 bis 2005 wird als Globalbudget zuhanden des Gesundheitsamts ein Verpflichtungskredit von 20'699'900.– Franken beschlossen.
3. Der bewilligte Verpflichtungskredit wird bei einer wesentlichen Änderung der zugrunde liegenden Planungsfaktoren gemäss den Ziffern 2 und 3 der Botschaft angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

b) Gemeinsamer, zustimmender Antrag der Sozial- und Gesundheitskommission und der Finanzkommission vom 16. Oktober und 27. November 2002 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

Eintretensfrage

Hansruedi Zürcher, FdP, Sprecher der Sozial- und Gesundheitskommission. Alle bisherigen Abteilungen unter der Führung des Gesundheitsamts, die in den Bereichen Prävention, Kontrolle, Aufsicht und ausserkantonale Spitalbehandlung tätig sind, sollen mit klaren Zielen und Leistungsaufträgen das Globalbudget Gesundheitsamt bilden. Durch die Vereinigung in einen Block von Produktgruppen in der Gesundheitssparte wird auch das Ende 2002 auslaufende Globalbudget Lebensmittelkontrolle zu einer Produktgruppe unter gleichem Namen. Auf den ersten Blick mag es erstaunen, dass selbständige Globalbudgeteinheiten unter dem Dach einer grösseren Einheit verschwinden. Dies macht aber durchaus Sinn, wenn man die übergeordneten Ziele des Gesundheitsamts betrachtet. Eines dieser Ziele ist der Schutz der Bevölkerung vor Gefährdung und Täuschung im Bereich der Lebens- und Heilmittel.

Zu den einzelnen Produktgruppen. In der Prävention stellt unser Kanton gesamtschweizerisch einen schwarzen Flecken dar. Bis 2005 sollen die Mittel schrittweise um 100'000 Franken erhöht werden. Das zusätzliche Geld soll unter anderem für die Erhaltung einer hohen Impfungsrate eingesetzt werden.

Hier neigen viele ältere Menschen zunehmend zu Nachlässigkeit, und es besteht die Gefahr, dass Krankheiten wie Masern nicht mehr ernst genommen werden. Weiter sollen die Mittel für Sehen und Hören im Kindergarten und in der ersten Klasse wie auch für den steigenden Anteil an Jugendlichen, die an Übergewicht leiden, eingesetzt werden. Das Gesundheitsamt möchte die Mittel für seine Kampagne einsetzen, obwohl immer noch Sparen angesagt ist. Es macht die grossen Sparanstrengungen in den letzten Jahren geltend. Unter anderem wurden 16 Stellen abgebaut, und eine Nettoeinsparung von 1,8 Mio. Franken konnte erwirkt werden.

Das Globalbudget der Lebensmittelkontrolle wird unter der Produktgruppe zwei geführt. Eine gute und wirkungsvolle Lebensmittelkontrolle ist im Interesse von uns allen. Ich weise darauf hin, wie versucht wird, den Konsumenten mit allerlei Errungenschaften aus der Lebensmittelzusatzindustrie zu täuschen. Neulich gab es einen Fall von Schinken auf Pizza, dessen Zustand nicht der Deklaration entsprach. Zu erwähnen ist auch die interkantonale Zusammenarbeit der kantonalen Laboratorien. Ein Laboratorium führt jeweils ausgewählte Untersuchungen für sämtliche Kantone durch.

Noch ein Wort zu den Spitalbehandlungen gemäss Artikel 41 Ziffer 3 KVG. Kosten für ausserkantonale Spitalbehandlungen sind gemäss KVG vom Kanton zu übernehmen, wenn eine Behandlung oder Operation im Wohnkanton nicht angeboten wird. Trotz klaren Weisungen seitens des Gesundheitsamts wird aus verschiedenen Gründen immer wieder versucht, in den Genuss einer ausserkantonalen Behandlung zu kommen, auch wenn das Angebot im Kanton vorhanden ist. So hat das Gesundheitsamt im letzten Jahr 45 Prozent von 6500 Gesuchen abgelehnt. Häufig sind es die Versicherer, die einen Entscheid durch das Gesundheitsamt, respektive durch den Kantonsarzt wollen, auch wenn das Gesuch aussichtslos ist. Dies führt zu einer enormen Arbeitsbelastung. Bei den Leistungskriterien will man zu 100 Prozent sicherstellen, dass ein Gesuch nur bei Vorliegen von medizinischen Gründen bewilligt wird. Auch strebt man an, 95 Prozent der Gesuche innert drei Tagen zu entscheiden. Die einstimmige Sozial- und Gesundheitskommission bittet um Ihre Zustimmung.

Beatrice Heim, SP. Das neue Globalbudget mit integriertem Budget für die Lebensmittelkontrolle bewegt sich eigentlich im bisherigen finanziellen Rahmen. Aufgrund der Zentralisierung des Rechnungswesens entstehen unvermeidliche Mehrkosten. Hinzu kommt ein Betrag für die Gesundheitsförderung. Dieser Betrag ist bescheiden und stellt ein absolutes Minimum dar. Die Prävention in Sachen Gesundheit ist der SP seit jeher ein Anliegen. Die Zusammenarbeit mit privaten Organisationen ist ein richtiger Ansatz und wird einen Multiplikatoreffekt auslösen. Eine Studie zeigt, dass es äusserst wichtig ist, in Sachen Prävention mehr zu tun. Im Bezirk Thierstein hat man festgestellt, dass in einer ersten Klasse 20 Prozent der Kinder schlecht hören und sehen. Dabei handelt es sich zugegebenermassen nur um einen Ausschnitt, und die Untersuchung muss noch vertieft werden. Die Feststellung ist aber mit Blick auf die Entwicklung bedenklich. Sonderpädagogische Massnahmen bewirken Folgekosten für den Staat. Mit einer gezielten und guten Früherfassung könnten diese teils vermieden werden. Gestern haben wir in diesem Saal gefragt, warum es immer mehr sonderpädagogische Massnahmen braucht. Ich sehe einen Zusammenhang und stelle daher Fragen. Wie steht es um den schulärztlichen Dienst? Werden alle Kinder erfasst, und werden sie früh genug erfasst? «Verhebt» das geltende Konzept, oder muss die Gesetzesbasis angepasst werden? Kann man sicher sein, dass die Kinder bei ihrer Ärztin oder ihrem Arzt auf Sehen und Hören, aber auch bezüglich ihres Entwicklungsstatus erfasst und untersucht werden? Ich möchte es nochmals betonen. Notwendig ist eine differenziertere und frühzeitigere Erfassung, als heute üblich ist. Die schulärztlichen Empfehlungen sollten auf dieses Ziel hin überprüft werden. Und dies in Zusammenarbeit zwischen den Ärztinnen und Ärzten sowie den Fachkräften aus der Heilpädagogik. Aus unserer Sicht darf in der Prävention kein Rappen abgestrichen werden. Dies ist auch bei der Lebensmittelkontrolle der Fall. Es ist erstaunlich, was trotz massiv gekürztem Stellenetat für unsere Volksgesundheit geleistet wird. Dies gilt es zu würdigen.

Zum Schluss noch ein Wort zu den übergeordneten Zielen des Globalbudgets. In der Vorlage steht: «Die Tätigkeit des Gesundheitsamtes soll zu einer angemessenen und wirtschaftlich tragbaren medizinischen Versorgung beitragen.» Zuhanden des Protokolls möchte ich daran erinnern, dass das Parlament im Zusammenhang mit den Leistungsaufträgen für die Spitäler Folgendes klar gesagt hat. Wir wollen nicht nur eine wirtschaftlich tragbare medizinische Versorgung, sondern wollen gerade wegen des enormen Kostendrucks sicher sein, dass auch im Kanton Solothurn eine nachweislich gute medizinische Versorgung sichergestellt werden kann. Mit den Schwerpunkten Prävention, gute Lebensmittelkontrolle und qualitativ gute Gesundheitsversorgung für alle wird die SP dem Globalbudget für das Gesundheitsamt zustimmen.

Martin Wey, CVP. Im Wesentlichen kann ich mich meinen Vorrednern anschliessen. Offenbar – und dies hat auch innerhalb der CVP-Fraktion zu Diskussionen geführt – sind wir mit dem Setzen von Indikatoren an eine Grenze gestossen. Zu einem späteren Zeitpunkt wird die Festlegung von messbaren, aussage-

kräftigeren Indikatoren sicher gelingen. Zur Zeit sind die Ansätze eher akademisch und daher wenig verständlich. Es ist sicher bemerkenswert, dass verschiedene Globalbudgets zusammengeführt worden sind. Die Vergleichbarkeit fehlt noch. Ich gehe davon aus, dass sich auch diesbezüglich mit der Zeit messbarere Resultate vorweisen lassen werden. Bei der Produktgruppe Führungsunterstützung hat man noch keine Indikatoren angegeben. Man wird noch herausfinden müssen, was man genau messen will. Die CVP-Fraktion stimmt dem Globalbudget und dem Verpflichtungskredit zu.

Hans Leuenberger, FdP. Ich schliesse mich den Vorrednern an. Die Mehrkosten in der Prävention werden für einzelne Produktgruppen eingesetzt. Die Projekte müssen meiner Ansicht nach dringend mit der Fachkommission ausgearbeitet werden. Für diese Ausgaben sind noch keine Indikatoren bestimmt worden. Die Sozial- und Gesundheitskommission hat nur die Möglichkeit, dies zu überwachen, wenn sie mit einbezogen wird. Die den Produktgruppen zugeteilten Mittel sind einzeln aufgeführt. Bei der Lebensmittelkontrolle ist das Budget zirka 200'000 Franken höher als der Rechnungsabschluss 2001. Die Fachkommission ist beim Controlling gefordert. Die durch den Kantonsrat beschlossene Kürzung darf nicht durch das Hintertürchen heimlich wieder rückgängig gemacht werden. Die FdP/JL-Fraktion stimmt dem Budget zu.

Esther Bosshart, SVP. Ich will nicht wiederholen, was bereits gesagt wurde. Die Sozial- und Gesundheitskommission und die Finanzkommission haben dem Beschlussesentwurf der Regierung oppositionslos zugestimmt. Auch die SVP schliesst sich diesen Entscheiden an und stimmt somit dem Beschlussesentwurf zu.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress, Ziffern 1–4

Angenommen

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfes

Grosse Mehrheit (Einstimmigkeit)

140/2002

Globalbudget für die Polizei Kanton Solothurn; Verpflichtungskredit für die Jahre 2003–2005

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 10. September 2002; der Beschlussesentwurf lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 lit. b sowie auf Artikel 130 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, das Gesetz über die Kantonspolizei vom 23. September 1990, § 1 Absatz 3 der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons Solothurn vom 21. Juni 1981, § 8 Absatz 2 der Verordnung über den Versuch mit der wirkungsorientierten Verwaltungsführung im Kanton Solothurn vom 9. Juni 1998, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 10. September 2002 (RRB Nr. 1800), beschliesst:

1. Für die Jahre 2003 bis 2005 werden für die Polizei Kanton Solothurn folgende übergeordnete Ziele festgelegt:
 - 1.1. Gewährleisten von Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum,
 - 1.2. Hohe Sicherheit der Bevölkerung bei Gewalt- und Eigentumsdelikten,
 - 1.3. Hohe Verkehrssicherheit.
2. Für die Jahre 2003 bis 2005 wird für die Polizei Kanton Solothurn ein Verpflichtungskredit von 93'407'700 Franken beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit wird bei einer wesentlichen Änderung der zugrundeliegenden Planungsfaktoren gemäss den Ziffern 2 und 3 der Botschaft angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- b) Gemeinsamer, zustimmender Antrag der Justizkommission und der Finanzkommission vom 17. Oktober und 27. November 2002 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

Eintretensfrage

Ernst Zingg, FdP, Sprecher der Justizkommission. Die Justizkommission hat nicht zuletzt zum Zweck der Meinungsbildung zum vorliegenden Geschäft der Zentrale der Kantonspolizei einen Besuch abgestattet. Dort haben wir Einblick in Verwaltung, Organisation und Arbeit erhalten. Wir gewannen insgesamt einen guten Eindruck. Am 17. Oktober haben wir uns von den Verantwortlichen der Kantonspolizei den Semesterbericht vortragen lassen. Aufgrund der Ergebnisse, Entwicklungen und Leistungszahlen konnten wir feststellen, dass die ganze Angelegenheit auf Kurs ist. Ein echtes Problem ist immer wieder der Personalbestand. Bis Ende 2002 rechnet man mit voraussichtlich 12 neuen Kündigungen. Ein Detail am Rande. Vor zehn Jahren wurden 650'000 Fahrzeuge kontrolliert. Die Radarkontrolle hat einen Anteil an Übertretungen von 13 Prozent ergeben. Heute kontrolliert man zirka 1,5 Mio. Fahrzeuge, und die Übertretungen liegen bei 8 Prozent.

Zum eigentlichen Globalbudget muss Folgendes festgestellt werden. So genannte Grossereignisse werden nicht berücksichtigt. Ausserordentliche Ereignisse sind im Budget enthalten und durch den Leistungsauftrag abgedeckt; dies allerdings nicht über längere Zeit. Sollten sich vermehrt ausserordentliche Dinge zutragen, könnte dies den Budgetrahmen sprengen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass der Verpflichtungskredit für die neue Periode um zirka 7,5 Mio. Franken höher ausfällt als vorher. Dies hat Fragen aufgeworfen, und die Antworten sind klar. Es geht um Mehrausgaben im Personalbereich, die es ermöglichen sollen, den bewilligten Korpsbestand zu erreichen. Des weiteren sind die berühmten Overheadkosten und die Neuintegration der Mietkosten betroffen. Die vier Produktgruppen können Sie dem Globalbudget entnehmen. Darin ist der neudeutsche Ausdruck «Community policing» zu finden. Auch dies hat zu Rückfragen geführt. Die Antwort ist insbesondere für die Bevölkerung nicht unwichtig, geht es doch um die bevölkerungsnahen Polizeiarbeit. Es geht um Ansprechpersonen bei der Polizei, beispielsweise für eine Schule in einer ländlichen Gemeinde. Dabei denkt man grundsätzlich an regelmässige Kontaktaufnahmen – nicht erst dann, wenn sich Probleme ergeben.

Die Personalfuktuation ist ein wichtiges Thema. Die Zahlen kann man einigermaßen nachvollziehen. Wesentlich schwerwiegender ist der Verlust von Know-how. Vielfach gehen auch hoch qualifizierte Leute weg. Das Stellvertreterprinzip wirkt zwar, aber die Situation ist nicht einfach. Die Justizkommission empfiehlt Ihnen einstimmig, auf das Globalbudget einzutreten und ihm, sowie dem Verpflichtungskredit und den übergeordneten Zielen zuzustimmen.

Urs Huber, SP. Die SP stimmt dem Globalbudget klar zu. Die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum, eine hohe Sicherheit der Bevölkerung vor Gewalt- und Eigentumsdelikten und eine hohe Verkehrssicherheit sind klare Kernaufgaben der öffentlichen Hand. Die Polizei braucht deshalb die entsprechenden Ressourcen. Gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen. Ernst Zingg hat von so genannten Grossereignissen gesprochen. Gemäss Regierungsrat Rolf Ritschard ist das, was am Bahnhof in Aarau geschehen ist kein Grossereignis, sondern «Daily business». Die Polizei sollte die Situation bearbeiten, bevor ein Grosseinsatz notwendig wird. Wenn er der Polizei sagen müsste, sie solle endlich eingreifen, so hätte die Letztere ihre Aufgabe nicht erfüllt. In diesem Sinne trifft es nicht zu, dass eine Polizei mit einer eher liberalen Führung für weniger Sicherheit und Ordnung sorgt als ein Korps, das sich gerne in Sheriffspose darstellt. In mehreren Vorstössen hat man sich über den Abgang vieler, vor allem erfahrener Polizeiangehöriger beklagt. Das ist tatsächlich schlecht. Aber nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass das vorliegende Globalbudget wahrscheinlich nur einzuhalten ist, weil das Korps sehr jung geworden ist und somit viele tiefe Löhne bezahlt werden. Die Polizisten dürfen erwarten, dass ihre Löhne langsam aber sicher steigen. Wer gestern etwas leichtfertig den Stufenanstieg in Frage gestellt hat, betritt meiner Meinung nach ein Minenfeld. Die Bombe, respektive die Kosten gehen dann dort los, wo man sie gar nicht erwartet hätte. Ich unterstütze die Aussage von Ernst Zingg zum Begriff «Community policing». Er stammt aus den USA und ist ausnahmsweise einmal etwas gutes. Wir unterstützen vor allem dieses Feld sehr.

Peter Bossart, CVP. Mit dem Globalbudget der Polizei behandeln wir eine der wichtigsten Kernaufgaben unseres Kantons. Es geht um die Sicherheit unserer Bevölkerung. Dieser Bereich hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen – ich erinnere an unsere Session in Olten. Um ihre Aufgabe wahrnehmen zu können, ist die Polizei darauf angewiesen, dass wir für die Jahre 2003 bis 2005 den Verpflichtungskredit von 93'407'700 Franken beschliessen. Es ist von zentraler Bedeutung, dass die Sicherheit im öffentlichen Raum erhalten bleibt und die Polizei die gesetzlichen Aufgaben wahrnehmen kann. Ich möchte kurz auf «Community policing» zu sprechen kommen. Die CVP begrüsst diese Stossrichtung der

Polizei. Sie will ihren Auftrag noch bevölkerungs- und bürgernaher wahrnehmen. Das Bild der Polizei hat sich in den letzten Jahren sicher gewandelt. Währenddem man früher einen Bogen um einen Polizisten gemacht hat, fühlt man sich heute unter Polizeipräsenz eher wohler. In diese Richtung geht «Community policing». Die Polizei will den Kontakt zu Schulen, Gemeindebehörden, Feuerwehr und im Asylbereich tätigen Leuten pflegen. Diese Kontakte erachten wir als wichtig; sie könnten als Frühwarnsystem dienen. Man hört früher von gewissen Dingen und kann prophylaktisch handeln. Diese Stossrichtung unterstützen wir klar. Ich bitte Sie im Namen der CVP, auf das Globalbudget einzutreten und dem Beschlussesentwurf zuzustimmen. Ich möchte die Gelegenheit benutzen, der Polizei im Namen der CVP-Fraktion für die grosse und gute Arbeit, die in einem nicht immer einfachen Umfeld geleistet wird, zu danken. Wir danken besonders denjenigen, die Tag für Tag an der Front Knochenarbeit leisten.

Beat Balzli, SVP. Die SVP-Fraktion wird dem Globalbudget zustimmen. Die Polizei erfüllt ihren Leistungsauftrag in Sachen Sicherheit, Ordnung, Kriminalität, Strassenverkehr und Dienstleistungen nach wie vor gut. Die auch in unseren Reihen in letzter Zeit vermehrt verlangte Polizeipräsenz beispielsweise in der Drogenszene werden in den Zielsetzungen für die folgenden Jahre berücksichtigt, indem die gesetzten Indikatoren jährlich erhöht werden. Meine Vorredner haben schon vieles gesagt. Der moderne Begriff – ich sage es jetzt auf Deutsch –, das heisst die bürgernahe Polizei ist sicher eine gute Sache. Andere Kantone wie beispielsweise Basel-Stadt kennen das schon seit Jahren, und es hat sich sehr bewährt. Im Prinzip hatte man schon früher eine bürgernahe Polizei. Aufgrund der heutigen Zeit mit dem zu kleinen Mannschaftsbestand und der fehlenden Zeit für Fusspatrouillen hat man den Kontakt zur Bevölkerung vielfach verloren. Daher muss man heute neu erfinden, was eigentlich schon immer vorhanden war. Ich muss Ihnen allen sagen, dass mehr Sicherheit mehr Geld kostet. Aus diesem Grund weist das Globalbudget höhere Kosten aus. Die SVP stimmt dem für die Jahre 2003 bis 2005 vorgesehenen Verpflichtungskredit von jährlich 31,1 Mio. Franken zu.

Beat Gerber, FdP. Im Unterschied zu andern Bereichen sind Auftrag und Budget der Polizei stärker fremdbestimmt. Man kann sich die Arbeit nicht selbst einteilen; man muss nehmen, was kommt. Wir wissen alle, dass diese Arbeit in der nächsten Zeit sicher nicht abnehmen wird. Die immer wieder neu auftauchenden Beiträge an interkantonale und internationale Vereinbarungen müssen über das Globalbudget abgewickelt werden. Man muss aufpassen, dass diese Beträge nicht an der Front eingespart werden müssen. Wir treten auf die Vorlage ein und stimmen ihr zu.

Rolf Grütter, CVP. Was ich jetzt sage, hat nicht etwa einen Zusammenhang mit meiner gestrigen Interpellation. Ich picke die Polizei heraus, weil ich hier an einem Beispiel illustrieren kann, was gemeint ist. Es geht nicht darum, am Globalbudget zu schrauben, sondern den Begriff des Indikators zu diskutieren. Das vorliegende Globalbudget enthält viele Indikatoren. Es sind praktisch allesamt quantitative Aussagen. Über das, worum es bei WOV geht, nämlich um die Wirkung, wird aber nichts ausgesagt. Auf Seite 7 geht es um die Fusspatrouillen an exponierten Örtlichkeiten. Es wird eine Angabe im Verhältnis zur Kapazität des Korpspersonals gemacht. Die Steigerung drückt den Willen der Polizei aus, stärker präsent zu sein und somit präventiv zu wirken. Die Wirkung müsste aber an der Anzahl der Delikte an den exponierten Orten gemessen werden. Dann hätten wir eine Aussage darüber, ob die vermehrte Fussmarschtätigkeit der Polizei etwas bringt oder nicht.

Wie der Sprecher der Justizkommission erwähnt hat, wurden 1992 zirka 650'000 Kontrollen durchgeführt, wobei 13 Prozent im Radar hängen geblieben sind. Im Jahr 2002 stellte man in 1,5 Mio. Kontrollen 8 Prozent Übertretungen fest. Das ist eine Aussage. Wenn wir die Kontrolltätigkeit mehr als verdoppeln, müsste die Aussage in Beziehung zum abnehmenden Anteil an Unfällen stehen. Dort würde sich die Wirksamkeit zeigen. Wenn wir mehr Mittel einsetzen, muss doch in der Bilanz etwas bewirkt werden, nämlich die Abnahme der Unfälle. Das ist in der Tendenz auch so. Ich habe das Beispiel der Polizei ausgewählt, meine aber selbstverständlich auch alle anderen Bereiche. Ich möchte die Ämter darum bitten, die Wirksamkeit von Massnahmen dort aufzuzeigen, wo solche Indikatoren leicht zu finden sind. Tatsächlich gibt es auch Ämter, in welchen dies nicht so einfach ist. Hier haben wir es mit einem Bereich zu tun, der nachvollziehbar ist. Ich bitte darum, dass der Wirkung der Massnahmen bei den Indikatoren mehr Gewicht gegeben wird als der quantitativen Aufzählung.

Rolf Ritschard, Vorsteher des Departements des Innern. Rolf Grütter wirft einen sehr interessanten Punkt auf. Ich möchte die Komplexität am Beispiel der Fusspatrouille aufzeigen. Die Sicherheit hat zwei Komponenten, nämlich die subjektive und die objektive Sicherheit. Die subjektive Sicherheit wird durch die Präsenz der Polizei an den so genannten «Hot spots» – um wieder ein englisches Wort zu verwenden – beeinflusst. Peter Bossart hat gesagt, er fühle sich in Polizeipräsenz wohler. Bei mir ist das anders – ich habe immer ein schlechtes Gewissen und denke, ich hätte etwas falsch gemacht, wenn ich einen Polizi-

sten sehe. Die subjektive Sicherheit ist für die Bevölkerung sehr wichtig. Diese zu messen ist schwierig. Objektive Sicherheit heisst ganz klar weniger Delikte vor Ort. Man muss untersuchen, ob unter einer Verstärkung der Fusspatrouillen weniger Delikte verübt werden. Es gibt auch einen Zusammenhang zwischen objektiver und subjektiver Sicherheit, der allerdings nur sehr verzerrt und auf Umwegen wahrgenommen wird. Letztlich werden erfolgte Delikte über die Medien transportiert, und dieser Faktor ist von uns nicht zu beeinflussen. Von den Medien wird man darüber informiert, was passiert. Man erhält so den Eindruck, dass praktisch nur noch Unglück und Verbrechen geschehen. Selten achtet man darauf, wo die Delikte erfolgen.

Auf Seite 9 ist ein wirkungsorientierter Indikator zu finden, nämlich die Zahl der Unfälle pro Tausend im Kanton Solothurn immatrikulierte Fahrzeuge im Jahresdurchschnitt. Wir möchten die Zahl der Unfälle durch unsere Arbeit reduzieren. Ich teile die Auffassung von Rolf Grütter, dass laufend Verbesserungen in diese Richtung gemacht werden müssen.

Rolf Grütter, CVP. Ich bin mit dem einverstanden, was Rolf Ritschard sagt. Das letzte Beispiel ist auch wieder quantitativ. Wirksamkeit zeigt sich erst, wenn die Anzahl der gefahrenen Kilometer im Verhältnis zur Kontrolle und zur Unfallzahl dargestellt wird. Wenn Letztere sinkt, so ist eine aktive Wirksamkeit nachweisbar. Denn die Menge der gefahrenen Kilometer wird von niemandem beeinflusst, höchstens vom Benzinpreis. Und ein solches Argument kann man in einer Statistik nicht auswerten. In jedem einzelnen Fall muss man sich fragen, welches die Wirkung eines Indikators ist und wo man etwas zeigen kann. Wenn man nichts ausser einer quantitativen Aufzählung zeigen kann, soll man diese weglassen.

Urs Huber, SP. Ich bin ja bekanntlich kein WOV-Freak, habe aber immer gesagt: Wenn schon, dann richtig. Für uns als Kantonsrat sind nicht die gefahrenen Kilometer wichtig, sondern die eingesetzten Ressourcen – in diesem Fall vor allem Personalressourcen und Geräte. Wenn die Ressourcen effizienter eingesetzt werden können, ist die Arbeit wirkungsorientiert.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress, Ziffern 1–4

Angenommen

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfes

Grosse Mehrheit (Einstimmigkeit)

Rudolf Burri, SP, Präsident. Soeben habe ich erfahren, dass im Bundeshaus eine Rochade stattgefunden hat. Herr Bundesrat Couchepin übernimmt das Departement des Innern, Herr Bundesrat Deiss wechselt ins Volkswirtschaftsdepartement, und Frau Bundesrätin Calmy-Rey steht neu dem Departement für auswärtige Angelegenheiten vor.

206/2002

Wahl des Büros des Kantonsrates für das Jahr 2003

(ohne Fraktionsvorsitzende)

Ausgeteilte Stimmzettel 132, Stimmende 132, absolutes Mehr 67

Gewählt sind als Stimmenzählerinnen und Stimmenzähler:

Hubert Bläsi mit 124 Stimmen

Regula Born mit 128 Stimmen

Christine Haenggi mit 129 Stimmen

Anne Allemann mit 117 Stimmen

Gewählt als II. Vizepräsident ist Ruedi Lehmann mit 93 Stimmen.

Gewählt als I. Vizepräsidentin ist Gabriele Plüss mit 114 Stimmen.

Gewählt als Präsidentin des Kantonsrats ist Edith Hänggi mit 127 Stimmen.

(Applaus)

Die Verhandlungen werden von 10.20 bis 10.50 Uhr unterbrochen.

137/2002

Globalbudget Departementssekretariat Volkswirtschaftsdepartement; Verpflichtungskredit für die Jahre 2003–2005

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 3. September 2002; der Beschlussesentwurf lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 lit. b sowie auf Artikel 130 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, § 1 Absatz 3 der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons Solothurn vom 21. Juni 1981, § 8 Absatz 2 der Verordnung über den Versuch mit der wirkungsorientierten Verwaltungsführung im Kanton Solothurn vom 9. Juni 1998 und nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 3. September 2002 (RRB Nr. 1750), beschliesst:

1. Für die Jahre 2003 bis 2005 werden für das Departementssekretariat Volkswirtschaftsdepartement (DSVWD) folgende übergeordnete Ziele festgelegt:
 - 1.1. Das DSVWD bereitet alles vor, damit die Departementsleitung die Regierungsgeschäfte zielgerichtet, sach- und zeitgerecht wahrnehmen kann.
 - 1.2. Es sorgt dafür, dass im gesamten Departement die Aufgaben zielgerichtet und wirtschaftlich erfüllt werden können.
 - 1.3. Es bereitet für den Regierungsrat die RR- und KR-Geschäfte vor.
 - 1.4. Es stellt für das Departement den Rechtsdienst sicher (Gesetzgebung, Instruktion von Beschwerden, Beratung, Vertretung des Kantons vor Gerichten, Koordination, Erstellen von Rechtsgutachten).
 - 1.5. Es wahrt die Interessen des Kantons in interkantonalen und internationalen Gremien.
2. Für die Jahre 2003 bis 2005 wird für das DSVWD ein Verpflichtungskredit von Fr. 4'345'900.– beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit wird bei einer wesentlichen Änderung der zugrundeliegenden Planungsfaktoren gemäss den Ziffern 2 und 3 der Botschaft angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

b) Gemeinsamer, zustimmender Antrag der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission und der Finanzkommission vom 17. Oktober und 27. November 2002 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

Eintretensfrage

Walter Wobmann, SVP, Sprecher der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission. Das vorliegende Globalbudget ist völlig neu. Anlässlich der letzten Sitzung der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission wurde eine entsprechende Begleitgruppe gebildet. Diese wird ihre Arbeit zu Beginn des nächsten Jahres aufnehmen. Das Ganze ist also sehr neu, und es liegen keine Semesterberichte vor, die bewertet werden könnten. Grundsätzlich muss das vorliegende Globalbudget als Richtwert gesehen werden. Der Bezug der Indikatoren zu den Zielen, Leistungen und Wirkungen muss von der Begleitgruppe in den nächsten Jahren überprüft und korrigiert werden. Das Globalbudget enthält unter anderem die Produktgruppen Führungsunterstützung und Dienstleistungen sowie Partnerschaft nach aussen. Letzteres betrifft die Europafachstelle, den Espace Mittelland, den Oberrheinrat usw. Zu diesem Punkt stellen sich einige Fragen. Ich denke zum Beispiel an mögliche Doppelspurigkeiten mit Bundesstellen. Allgemein muss die Frage der Wirkung insgesamt beurteilt und gewichtet werden. Dies wird dann Aufgabe der neu gebildeten Gruppe sein. Sicher haben Sie dafür Verständnis, dass ich als Beispiel die Europafachstelle gewählt

habe. Ich könnte noch weitere Beispiele anfügen, aber würde zu weit führen. Ich bitte Sie, trotz Vorbehalten, dem vorliegenden Globalbudget – welches in einem gewissen Sinne auch ein Grundlagenbudget ist – zuzustimmen. Das ist auch die Meinung der SVP-Fraktion.

Bruno Biedermann, CVP. Das Globalbudget des Departementssekretariats des Volkswirtschaftsdepartements hat unserer Fraktion Diskussionen beschert und Mühe bereitet. Wir haben alle festgestellt, dass es neu ist. (*Heiterkeit*) Ob das Globalbudget wirklich WOV-tauglich ist, muss tatsächlich hinterfragt werden. Auf jeden Fall müssen die Indikatoren überarbeitet werden, wie das vom Sprecher der Fachkommission erwähnt wurde. Dies wird allerdings keine einfache Arbeit sein. Es stellt sich die auch Frage nach der Eignung des Globalbudgets. Die CVP-Fraktion stimmt dem Globalbudget mit knappem Mehr zu.

Urs W. Flück, SP. Die SP stimmt dem Globalbudget klar zu, auch wenn es neu ist und man sich über Produkte und Indikatoren noch streiten kann. Es ist schwierig, für ein Departementssekretariat ein Globalbudget aufzustellen. Was soll man in ein solches Globalbudget integrieren? Wir betrachten es als grobes Gerüst, welches man verfeinern kann. Wirksame Indikatoren können gesucht werden. Auch an der Formulierung der Ziele kann noch etwas gearbeitet werden; wir haben den Eindruck, es handle sich einfach um eine Auflistung der Arbeit, die zu leisten ist. Wir hoffen, dass in den nächsten Jahren Verbesserungen erfolgen werden. Wir treten auf die Vorlage ein und stimmen ihr zu.

Thomas Roppel, FdP. Auch die FdP-Fraktion hat festgestellt, dass das Budget neu ist. Ich schliesse mich den Vorrednern an. Die gesetzten Indikatoren müssen noch genauer betrachtet werden. Die FdP/JL-Fraktion ist für Eintreten und Zustimmung.

Stefan Hug, SP. Zu den Indikatoren wurde bereits sehr viel gesagt. Tatsächlich stellt sich die Frage, ob sich ein Departementssekretariat als Globalbudgetstelle eignet oder nicht. Diese grundsätzliche Frage muss im Zusammenhang mit dem WOV-Projekt angeschaut werden. Die vorliegenden Indikatoren sind – entschuldigen Sie den Ausdruck – schlicht und einfach nicht zu gebrauchen. Wenn in der Vorlage steht – und damit nehme ich Bezug auf den Vorstoss zur interkantonalen Kooperationsstrategie –, die Mitgliedschaft beim Espace Mittelland solle maximal einen Franken pro Einwohnerin und Einwohner kosten, so hat das schlicht und einfach nichts mit einer Wirkung zu tun. Darauf werde ich später noch zu sprechen kommen. Es stellt sich tatsächlich die Frage, ob es sinnvoll ist, ein Departementssekretariat mit einem Globalbudget zu führen. Meiner Meinung nach ist dies klar nicht sinnvoll.

Jürg Liechti, FdP. Wir wollen mit WOV das unternehmerische Denken in den Amtsstellen fördern – das ist vermutlich unbestritten. Hier haben wir es mit einem Departementssekretariat zu tun, welches sich selbst als Dienstleistungsbetrieb für sein Departement versteht. Das ist eine Neuheit. Das dies Diskussionen auslöst, ist verständlich. Ich möchte aber davor warnen, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Unter den Indikatoren haben wir beispielsweise den Zufriedenheitsgrad der Leistungsempfängerinnen und -empfänger. Wurden Entscheide kassiert, welche das Sekretariat vorbereitet hat? Das sind doch vernünftige Indikatoren, mit welchen man arbeiten kann. Ich plädiere dafür, dem Departementssekretariat die Chance zu geben, unter WOV zu funktionieren. Nach einer Budgetperiode können wir dann immer noch Lehren daraus ziehen. Die allgemeine Haltung gegenüber dem Globalbudget finde ich zu negativ.

Roland Heim, CVP. Eine Frage zu den Leistungsindikatoren. Unter den Indikatoren zu Koordination und Administration gibt es den Punkt «80 Prozent der Geschäfte werden innert 40 Tagen bearbeitet». Von diesen müssen dann nochmals 80 Prozent erreicht werden. Sind nun 64 Prozent gemeint? So klar sind die Indikatoren eben doch nicht.

Jürg Liechti, FdP. Irrtum vorbehalten liegen die zu erreichenden Sollwerte bei 80 Prozent; also nicht 80 Prozent von 80 Prozent.

Rolf Grütter, CVP. Ich habe mich heute bereits zu den Indikatoren geäußert. Dieses Beispiel zeigt exemplarisch, dass hier eine ziemliche Ratlosigkeit herrscht. Ein Globalbudget muss eine klare Zielformulierung aufweisen. Die Wirkung der Massnahmen muss mit einer messbaren Grösse aufgezeigt werden können. Im Übrigen ist dies nicht das erste Globalbudget eines Departementssekretariats. Soviel ich weiss, haben wir das Globalbudget für das Departementssekretariat des Departements für Bildung und Kultur als erstes behandelt. Wir können nicht kritisieren, dass die Departemente die Globalbudgets aufstellen. Wir haben ja den Auftrag erteilt, Globalbudgets flächendeckend einzuführen. Jetzt ist der Moment da, wo wir überlegen müssen, ob es wirklich sinnvoll ist. Wenn man ein Departementssekretariat

so ausrichten kann, dass Ziele formuliert werden und wirksame, messbare Indikatoren vorhanden sind, so soll man das machen. Wenn das nicht möglich ist, so handelt es sich um eine Leeraussage. Das müssen wir jetzt zur Kenntnis nehmen. Was wir dann entscheiden werden, ist eine andere Frage. Es wäre falsch, wenn man die Vorlage nicht verabschieden und so das Kind mit dem Bade ausschütten würde. Wir sind alle in den Prozess involviert, nicht nur die Verwaltung. Dies ist einer der Punkte, der in Zukunft geklärt werden muss.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress, Ziffern 1–4

Angenommen

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfes

Dagegen

Grosse Mehrheit

2 Stimmen

149/2002

Globalbudget Amt für Wirtschaft und Arbeit; Verpflichtungskredit für die Jahre 2003–2005

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 10. September 2002; der Beschlussesentwurf lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 lit. b sowie auf Artikel 130 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, § 1 Absatz 3 der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons Solothurn vom 21. Juni 1981, § 8 Absatz 2 der Verordnung über den Versuch mit der wirkungsorientierten Verwaltungsführung im Kanton Solothurn vom 9. Juni 1998, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 10. September 2002 (RRB Nr. 1824), beschliesst:

1. Für die Jahre 2003 bis 2005 werden für das Amt Wirtschaft und Arbeit folgende übergeordnete Ziele festgelegt:
 - 1.1. Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit
 - 1.2. Soziale Absicherung des strukturellen Wandels in Produktion und Beschäftigung
 - 1.3. Vollzug der Bundesgesetzgebung im Bereich Arbeitsmarkt, Arbeitsinspektorat, Bekämpfung der Schwarzarbeit, wirtschaftliche Landesversorgung sowie ausländische Arbeitskräfte.
2. Für die Jahre 2003 bis 2005 wird für das Amt Wirtschaft und Arbeit ein Verpflichtungskredit von Fr. 20'485'100.– beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit wird bei einer wesentlichen Änderung der zugrundeliegenden Planungsfaktoren gemäss den Ziffern 2 und 3 der Botschaft angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

b) Gemeinsamer, zustimmender Antrag der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission und der Finanzkommission vom 17. Oktober und 27. November 2002 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

Eintretensfrage

Urs W. Flück, Sprecher der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission. Zwei bedeutende Zielsetzungen dieses Globalbudgets sind die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Kantons und die soziale Absicherung im Zusammenhang mit dem strukturellen Wandel, den wir aktuell recht nahe erleben. Das Globalbudget beinhaltet die acht Produktgruppen respektive Bereiche, die auf der letzten Seite der Botschaft aufgeführt sind. Der Verpflichtungskredit für die nächsten drei Jahre beläuft sich auf Ausgaben von rund 21,9 Mio. Franken. In der vorhergehenden Periode waren es rund 24 Mio. Franken. Ein Aufwandüberschuss von 6,7 Mio. Franken ist budgetiert. Dieser Betrag belief sich in der Vorperiode auf rund 8 Mio. Franken. Die Lesbarkeit dieses Globalbudgets und der dazugehörigen Botschaft ist etwas eingeschränkt. Das Globalbudget ist – wie andere auch – gewachsen. Dieses Wachstum ist aus dem Um-

stand ersichtlich, dass die Nummerierungen nicht immer angepasst wurden. Die Nummerierung auf der hintersten Seite stimmt nicht mit derjenigen in den Kapiteln überein. Die Indikatoren haben noch eine dritte Nummerierung. Daher ist die Vorlage schwierig zu verfolgen. Auch der Vergleich mit der Vorperiode ist schwierig, wurden doch im Sinne der Kostenwahrheit einige Dinge hinzugenommen. Um alles genau auszuweisen, müsste man die Detailrechnung untersuchen, wie wir das in der Kommission versucht haben. Dies sind aber redaktionelle Anliegen, und entsprechende Verbesserungen wurden uns versprochen. Sachlich ist nichts einzuwenden. Im Zusammenhang mit den Leistungsindikatoren sind noch einige Punkte enthalten, an welchen man noch viel arbeiten kann.

Nun zu den Details. Was ist neu enthalten? Die Position 3 wirtschaftliche Landesversorgung hat es schon immer gegeben – sie lief auf null. Hierbei ist in der Vorlage ein Fehler unterlaufen; die entsprechende Zahl müsste null lauten. Der Bund hat einen neuen Leiter, der vermehrt verlangt, dass die kantonalen Zentralstellen für wirtschaftliche Landesversorgung tätig werden. Dies nicht in dem Sinne, dass man nachschauen müsste, ob überall genügend Reis und Zucker eingelagert ist. Es geht auch um die volkswirtschaftliche Sicherung bezüglich Treibstoff, Medikamente etc. in Krisenfällen. Hier wird also etwas neu aufgenommen.

Ebenfalls neu ist die Position 8 öffentliche Arbeitslosenkasse. Diese ist an sich nicht neu; sie lief vorher über die Staatskasse. Da sie Arbeit und Aufgaben seitens des Amts verlangt, hat man sie neu in das Globalbudget aufgenommen. Die Summe beträgt netto null Franken, werden die Beträge doch vom Bund gedeckt. Die dritte neue Position ist die Koordinationsstelle Schwarzarbeit. Wahrscheinlich auf das Jahr 2004 hin wird der Bund das entsprechende Bundesgesetz in Kraft gesetzt haben. Die Kantone werden damit aufgefordert, eine Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Schwarzarbeit zu schaffen. Diese Aufgabe hat einen Zusammenhang zu den Positionen 1 und 2, das heisst Arbeitsinspektorat und ausländische Arbeitskräfte.

Es liegt ein Antrag der SVP auf Kürzung vor. Die Position 1 ausländische Arbeitskräfte soll im gleichen Rahmen wie bisher weitergeführt werden. Beim Bewilligungsverfahren hat sich infolge der bilateralen Verträge einiges verändert. Zum Teil gibt es weniger zu tun, weil nicht mehr so viele Gesuche neu behandelt werden müssen, wenn ein EU-Bürger innerhalb der Schweiz die Arbeitsstelle wechselt. Das bedeutet aber auch weniger Gebühreneinnahmen. Bei der Position 2 Arbeitsinspektorat müssen verschiedene Auflagen des Bundes erfüllt werden. Der Kanton fährt auf dem Minimum, so dass es ihm gerade noch möglich ist, die notwendigen Inspektionen zu machen. Eine neue Richtlinie erfordert mehr Arbeit. Aus den Zahlen geht hervor, dass man pro Jahr weniger Besuche machen kann, weil es zeitlich nicht drinliegt. Die Energiefachstelle ist direkt davon abhängig, was uns der Bund bezahlt. Neu berücksichtigt der Bund, was der Kanton im Budget für die Energiefachstelle vorsieht. Entsprechend löst er eine Globalbudgetposition aus, die dem Kanton zur Verfügung gestellt wird. Wenn wir dort etwas streichen, erhalten wir auch seitens des Bundes weniger Geld.

Zur Wirtschaftsförderung. Das neue Konzept ist in die Vorlage eingeflossen. Anlässlich der Session in Olten haben wir dem Amt einen Sparauftrag erteilt. Dieser wurde erfüllt, was jedoch nur in der Detailrechnung ersichtlich ist. Aus den vorliegenden Zahlen geht ein Wachstum hervor; der Spareffekt ist nicht sichtbar. Warum ist das so? Erstens sind die Erträge kleiner geworden. Zweitens werden die Abschreibungen auf Investitionsbeiträge, die von der Wirtschaftsförderung gesprochen wurden, neu der Wirtschaftsförderung belastet. Vorher liefen diese über die allgemeine Staatskasse. Der Stand der Investitionsbeiträge per Ende Dezember 2001 war 7,3 Mio. Franken. Dies hat Abschreibungen von rund 660'000 Franken zur Folge. Dieser Betrag läuft neu als Ausgabe unter der Wirtschaftsförderung.

Die zwei anderen Stellen sind abhängig von der Konjunktur. Die RAV – sie umfassen den grössten Stellenetat – werden durch den Bund gedeckt; darauf können wir keinen grossen Einfluss nehmen. Die Kostenbeteiligung des Kantons bezieht sich auf die arbeitsmarktlichen Massnahmen. Ein Blick noch auf die Zahlen. Zwischen 2003 und 2005 ist eine Steigerung zu verzeichnen. Dies ist auf die neu geschaffene Koordinationsstelle Schwarzarbeit zurückzuführen. Ich möchte nicht unerwähnt lassen, dass das AWA aus den Fehlern der letzten Jahre gelernt hat. Einige Strukturanpassungen und Verbesserungen wurden bereits vorgenommen. Richtlinien wurden erlassen, und im Zusammenhang mit der Umsetzung von SAP wird sicher auch die Kontrolle besser werden. Weder in der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission noch in der Finanzkommission wurde ein Antrag auf Kürzung gestellt. Auch der Vertreter der SVP hat nichts in dieser Richtung beantragt. Ich lege Ihnen daher nahe, den Antrag der SVP auf Kürzung abzulehnen, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Hansjörg Stoll, SVP. Die SVP-Fraktion beantragt Ihnen, beim Globalbudget des AWA den Verpflichtungskredit im Jahr 2004 und 2005 um je 250'000 Franken zu reduzieren. Die SVP-Fraktion will sparen und ist der Meinung, dass die beiden Stellen, die zur Bekämpfung der Schwarzarbeit eingerichtet werden sollen, mehr kosten als sie einbringen. Zudem hat das Amt für Wirtschaft und Arbeit Reserven von knapp 1,5 Mio. Franken. Wenn schon neue Stellen geschaffen werden sollen, so sollen diese durch die

Reserven finanziert werden. Die SVP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt ihr mit den beantragten Abänderungen zu.

Stephan Jäggi, CVP. Die CVP schliesst sich dem Entscheid der vorberatenden Kommissionen sowie der Begleitgruppe der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission an und heisst das Globalbudget gut. Die Zielsetzungen sind gut, aber es gibt nichts auf dieser Welt, das nicht verbessert werden kann. So muss von Zeit zu Zeit alles überprüft werden, wie das auch jetzt gemacht wird. Wir danken dem AWA für die gute Zusammenarbeit und für seine Arbeit.

Kurt Zimmerli, FdP. Der Sprecher der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission hat das meiste gesagt. Die Mehrausgaben sind gut begründet. Alljährlich ist eine Steigerung des Budgets festzustellen. Im Jahr 2001 betrug diese 5,1 Mio. Franken, im Budget 2002 6,6, 2003 waren es 6,7 und im Budget 2004 6,8 Mio. Franken. Man könnte nun die Diskussion über die Indikatoren weiterführen. Diese Diskussion sollte meiner Meinung nach in den Kommissionen geführt werden und nicht im Rat. Für mich ist es eine generelle Schwäche von WOV, dass die Mehrausgaben klar begründet werden können. Auf die Frage, wo Einsparungsmöglichkeiten bestehen, stösst man immer wieder auf die Antwort, Einsparungen seien nur im Zusammenhang mit einem Leistungsabbau möglich. In diesem Sinne sind wir Parlamentarier vom System abhängig; wir können von aussen wenig Einfluss nehmen – allenfalls willkürliche Kürzungen, wie sie im vorliegenden Antrag verlangt werden. Es wäre von mir aus gesehen falsch, diese Kürzung vorzunehmen. Die wirtschaftliche Situation zeigt auf, dass wir ein solches Amt benötigen. Bei der Koordinationsstelle für die Bekämpfung der Schwarzarbeit handelt es sich nur um eine Stelle. Sie sollte zu 90 Prozent selbsttragend sein. Daher ist die Kürzung um 250'000 Franken nicht begründet; sie sollte abgelehnt werden. Schwarzarbeit ist ein generelles Problem. Gestern zeigte eine Fernsehsendung, wie sich die Kantone Zürich und Aargau mit der Schwarzarbeit befassen. Aus der Sendung ging hervor, dass Schwarzarbeit in der Schweiz bei so genannten Pseudo-Unternehmern vorkommt und bekämpft werden muss. Vielleicht wird sie von der falschen Seite her bekämpft, indem die Schwarzarbeiter bestraft werden – eventuell müsste man die andere Seite viel härter angreifen. Auch diese Frage müssen wir nicht hier entscheiden; ihre Beantwortung liegt auf einer anderen Ebene. Die FdP/JL-Fraktion ist für Eintreten und Zustimmung ohne Kürzung.

Walter Schürch, SP. Die SP-Fraktion ist auch für Eintreten und Zustimmung. Wir begreifen den Streichungsantrag der SVP nicht ganz. In der Debatte um die Schwarzarbeit sagt die SVP jeweils, sie wolle das Gewerbe und die KMU unterstützen. Dies kann man ja nur, indem man die Schwarzarbeit bekämpft. Mit diesem Streichungsantrag macht man das Gegenteil. Man öffnet Tür und Tor, damit Schwarzarbeit attraktiv wird, weil sie nicht kontrolliert werden kann. Wir bitten Sie, auf die Voralge einzutreten und den Antrag der SVP abzulehnen.

Thomas Wallner, Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements. Ich möchte sie ebenfalls dringend bitten, den Antrag der SVP abzulehnen. Im Bereich der Wirtschaftsförderung, der Energiefachstelle und des Arbeitsinspektorats laufen wir auf dem absoluten Minimum. Zu Recht wurde gesagt, dass die neue Bundesaufgabe Bekämpfung der Schwarzarbeit zum Teil selbsttragend sein soll. Wir müssten den Antrag auf andere Gebiete übertragen und schauen, wie wir das Geld hineinbringen. Das ist einfach nicht zu verantworten. Es ist ausserordentlich dringend, in Sachen Schwarzarbeit etwas zu machen; dies auch im Interesse des Gewerbes und der Wirtschaft. Ich bitte Sie dringend, uns nicht zu verpflichten, die 250'000 Franken an einem andern Ort hereinzuholen, weil wir sie eben durch die Schwarzarbeit allein nicht einnehmen können. Ich habe einen Antrag der SVP im Bereich der Ausländerbewilligungen erwartet. Obwohl wir infolge der Bilateralen Verträge einige Aufgaben nicht mehr haben, müssen wir selbst dort im Zusammenhang mit den flankierenden Massnahmen, dem Entsendegesetz, dem Lohndumping usw. neue Aufgaben übernehmen. Die Arbeit geht uns in Gottes Namen nicht aus.

Beat Käch, FdP. Ich möchte im Zusammenhang mit diesem Globalbudget auf die gute Arbeit hinweisen, die von unsern Staatsangestellten geleistet wird. Ein grosser Teil der Aufgaben des AWA wird vom Bund finanziert. Die Leute haben gut gearbeitet und grosse Boni erhalten. Ich möchte Herrn Regierungsrat Wallner fragen, ob man bereits weiss, was man mit diesem Geldsegen anfangen will.

Thomas Wallner, Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements. Diese Situation ist einerseits erfreulich und anderseits etwas speziell. Wir haben vom Bund 170'000 Franken erhalten, die wir unter den Mitarbeitern verteilen können, weil sie gut gearbeitet haben. Die Verteilung ist gar nicht so einfach. Zuerst hat man geschaut, wie es die andern Kantone machen. Eine reichhaltige Phantasie hat sich entfaltet; alle machen es etwas anders. Die meisten Kantone lassen einen Teil dieser Gelder den Mitarbeitern zu-

kommen und setzen einen Teil für etwas anderes ein. Dies ist auch die Meinung des Bundes. Am nächsten Dienstag wird die Regierung den RRB besprechen, in welchem vorgeschlagen wird, dass man 50 Prozent den Mitarbeitern zukommen lässt. Die anderen 50 Prozent sollen als Reserven für Weiterbildung usw. benützt werden.

Stefan Hug, SP. Die Stelle zur Bekämpfung der Schwarzarbeit soll zu 90 Prozent kostendeckend sein – so steht es auch im Budget. Wir gedenkt man diesen Kostendeckungsgrad zu erreichen? Handelt es sich um Bussen oder Gebühren?

Thomas Wallner, Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements. Der Bund hat uns die genauen Voraussetzungen noch nicht mitgeteilt. Durch die in bestimmten Fällen ausgesprochenen Bussen, die zum Teil recht happig ausfallen können, wollen wir das Geld zu einem schönen Teil wieder hineinbringen.

Ulrich Bucher, SP. Wenn das funktioniert – und ich hoffe, dass das der Fall sein wird – kommt deutlich mehr hinein als die 90 Prozent. Hinzu kommen dann Steuern und Sozialversicherungsabgaben. Denn mit der Schwarzarbeit wird ein enormer volkswirtschaftlicher Schaden angerichtet. Ich wünsche Ihnen diesbezüglich sehr viel Erfolg.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress, Ziffer 1

Angenommen

Ziffer 2

Antrag Fraktion SVP

Der Verpflichtungskredit ist für die Jahre 2004 und 2005 um je 250'000 Franken zu reduzieren.

Abstimmung

Für den Antrag Fraktion SVP
Dagegen

Minderheit
Grosse Mehrheit

Ziffern 3–4

Angenommen

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfes

Grosse Mehrheit (Einstimmigkeit)

134/2002

Globalbudget Bereich Wald, Jagd und Fischerei; Verpflichtungskredit für die Jahre 2003–2005

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 3. September 2002; der Beschlussesentwurf lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 lit. b sowie auf Artikel 130 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 1 Absatz 3 der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons Solothurn vom 21. Juni 1981, gestützt auf § 8 Absatz 2 der Verordnung über den Versuch mit der wirkungsorientierten Verwaltungsführung im Kanton Solothurn vom 9. Juni 1998, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 3. September 2002 (RRB Nr. 1740), beschliesst:

1. Für die Jahre 2003 bis 2005 werden für den Bereich Wald, Jagd und Fischerei des Kantonsforstamtes und der Dienststelle Jagd und Fischerei folgende übergeordnete Ziele festgelegt:
 - 1.1. Schutz und Erhalt des Waldes
 - 1.2. Sicherstellung der Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktion des Waldes
 - 1.3. Beratung und Unterstützung der Waldeigentümer und örtlichen Forstdienste

- 1.4. Nachhaltige, naturnahe und effiziente Bewirtschaftung des Staatswaldes
 - 1.5. Erhalt der Lebensräume der Säugetiere, Vögel und Fische
 - 1.6. Effiziente Verwaltung des Jagd- und Fischereiregals
 2. Für die Jahre 2003 bis 2005 wird für das Kantonsforstamt und die Dienststelle Jagd und Fischerei ein Verpflichtungskredit von 9,386 Mio. Fr. beschlossen.
 3. Der Verpflichtungskredit wird bei einer wesentlichen Änderung der zugrundeliegenden Planungsfaktoren gemäss den Ziffern 2 und 3 der Botschaft angepasst.
 4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
- b) Zustimmender Antrag der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission vom 17. Oktober zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.
- c) Änderungsantrag der Finanzkommission vom 20. November 2002 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

Eintretensfrage

Roland Frei, FdP, Sprecher der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission. Unsere Kommission hat das Globalbudget für den Bereich Jagd, Wald und Fischerei an ihrer Sitzung vom 18. Oktober einstimmig gutgeheissen. Wir teilen die Meinung des Ausschusses, wonach sich die Struktur mit den bisherigen sechs Produktgruppen und insgesamt 15 Produkten bewährt hat. Dies gilt auch im Quervergleich mit den andern Kantonen. Diese Elemente sollen daher auch im neuen Globalbudget beibehalten werden. Für die neue Periode ist mit dem Vollzug der SO⁺-Massnahme Nummer 53 ein um 2,4 Mio. Franken reduzierter Verpflichtungskredit budgetiert worden. Dies möchte ich insbesondere Rolf Grütter sagen. Anlässlich der letzten Session wurde der Antrag Meier/Baumgartner angenommen, wonach der Kantonsbeitrag auf 40 Franken pro Hektare Gesamtwaldfläche festgelegt werden soll. Daher muss der Kredit um 1,24 auf 10,6 Mio. Franken aufgestockt werden. Dies macht für die beiden Jahre 2003 und 2004 je 620'000 Franken aus. Diese Ausgangslage war anlässlich der Sitzung der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission und des Ausschusses noch nicht bekannt. Unser Ausschuss ist der Meinung, dass im betreffenden Amt gut gearbeitet wird. Dies ist auch bei schwierigen Aufgaben, etwa bei der Bewältigung der Folgen von Lothar, zum Ausdruck gekommen. Wir möchten es nicht unterlassen, für die gute Arbeit, die Jürg Froelicher und Marcel Tschan sowie ihre Mitarbeiter in diesem Amt leisten, recht herzlich zu danken. Die Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission bittet Sie, dem Globalbudget für die Jahre 2003 bis 2005 zuzustimmen. Gleichzeitig kann ich Ihnen bekannt geben, dass die FdP/JL-Fraktion dem Globalbudget ebenfalls zustimmen wird.

Jakob Nussbaumer, CVP. Die CVP-Fraktion hat sich auch über dieses Globalbudget unterhalten. Unserer Meinung nach hat das Kantonsforstamt handfeste Indikatoren, zum Beispiel die Ausbildung von Forstpersonal, gefunden. Durch gute Ausbildung von Forstpersonal verhindern wir viele Unfälle und damit verbunden sehr viel Leid. Etwas mehr Mühe hatten die Fischer. Die Aufhebung von Wanderhindernissen für die Fische erfolgt einmal; das kann sich nicht jährlich wiederholen. Vielleicht wären hier noch bessere Indikatoren zu finden. Ich denke zum Beispiel an das Verenden von Fischen infolge von Wasserverunreinigung. Wir stimmen dem Globalbudget einstimmig zu und bitten Sie, dies ebenfalls zu tun.

Beat Ehram, SVP. Auch die SVP stimmt dem Beschlussesentwurf inklusive der Änderung von Ziffer 2 zu, wonach der Kredit von 9,3 auf 10,6 Mio. Franken zu erhöhen ist. Die Begründung finden Sie auf dem Antragsblatt der Finanzkommission.

Walter Schürch, SP. Auch die SP-Fraktion stimmt dem Globalbudget zu. Es ist eines der kleinsten Globalbudgets, weil auch die Abteilung klein ist. Es ist schwierig, in diesem Bereich ein Globalbudget aufzustellen. Denn wir wissen ja nicht, was die Natur macht. Sie kann alles über den Haufen werfen. Entsprechend müssen dann Nachtragskredite gesprochen werden.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress, Ziffern 1–4

Angenommen

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfes

Grosse Mehrheit (Einstimmigkeit)

Der bereinigte Kantonsratsbeschluss lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 lit. b sowie auf Artikel 130 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, § 1 Absatz 3 der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons Solothurn vom 21. Juni 1981, § 8 Absatz 2 der Verordnung über den Versuch mit der wirkungsorientierten Verwaltungsführung im Kanton Solothurn vom 9. Juni 1998, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 3. September 2002 (RRB Nr. 1740), beschliesst:

1. Für die Jahre 2003 bis 2005 werden für den Bereich Wald, Jagd und Fischerei des Kantonsforstamtes und der Dienststelle Jagd und Fischerei folgende übergeordnete Ziele festgelegt:
 - 1.1. Schutz und Erhalt des Waldes
 - 1.2. Sicherstellung der Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktion des Waldes
 - 1.3. Beratung und Unterstützung der Waldeigentümer und örtlichen Forstdienste
 - 1.4. Nachhaltige, naturnahe und effiziente Bewirtschaftung des Staatswaldes
 - 1.5. Erhalt der Lebensräume der Säugetiere, Vögel und Fische
 - 1.6. Effiziente Verwaltung des Jagd- und Fischereiregals
 2. Für die Jahre 2003 bis 2005 wird für das Kantonsforstamt und die Dienststelle Jagd und Fischerei ein Verpflichtungskredit von 10,626 Mio. Fr. bewilligt.
 3. Der Verpflichtungskredit wird bei einer wesentlichen Änderung der zugrundeliegenden Planungsfaktoren gemäss den Ziffern 2 und 3 der Botschaft angepasst.
 4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
-

136/2002

Globalbudget Amt für Landwirtschaft; Verpflichtungskredit für die Jahre 2003–2005

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 3. September 2002; der Beschlussesentwurf lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 lit. b sowie auf Artikel 130 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, § 1 Absatz 3 der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons Solothurn vom 21. Juni 1981, § 8 Absatz 2 der Verordnung über den Versuch mit der wirkungsorientierten Verwaltungsführung im Kanton Solothurn vom 9. Juni 1998, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 3. September 2002 (RRB Nr. 1747), beschliesst:

1. Für die Jahre 2003 bis 2005 werden für das Amt für Landwirtschaft folgende übergeordnete Ziele festgelegt:
 - 1.1. Schaffen der für eine rationelle, kostensparende, umwelt- und tiergerechte Landwirtschaft nötigen Strukturen.
 - 1.2. Sicherstellen eines korrekten und kostengünstigen Vollzugs des Bundesrechts.
 - 1.3. Schaffen von Anreizen für innovative Projekte und Bewirtschaftungsformen.
 - 1.4. Sicherstellen einer artgerechten Haltung und verantwortungsvollen Nutzung der Tiere. Erhalt der Tiergesundheit und Schutz der Menschen vor übertragbaren Krankheiten.
 - 1.5. Sicherstellen einer praxisbezogenen, wissenschaftlich fundierten land- und hauswirtschaftlichen Aus- und Weiterbildung.
2. Für die Jahre 2003 bis 2005 werden für das Amt für Landwirtschaft die Verpflichtungskredite von Fr. 32'769'000 für die Laufende Rechnung und Fr. 8'400'000 für die Investitionsrechnung beschlossen.
3. Die Verpflichtungskredite werden bei einer wesentlichen Änderung der zugrundeliegenden Planungsfaktoren gemäss den Ziffern 2 und 3 der Botschaft angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

b) Gemeinsamer, zustimmender Antrag der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission und der Finanzkommission vom 17. Oktober und 27. November 2002 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

Eintretensfrage

Bruno Biedermann, CVP, Sprecher der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission. Ich äussere als Kommissionssprecher und gleichzeitig als Sprecher der CVP-Fraktion. Wir haben es bereits mit der zweiten Auflage des Globalbudgets für das Amt für Landwirtschaft zu tun. Es umfasst den gesamten Landwirtschaftsbereich und besteht zum grössten Teil aus dem Vollzug von Bundesmassnahmen. Ziele, Leistungsaufträge, Produktgruppen und Projekte sind in der Vorlage bestens beschrieben. Neu ist, dass die Laufende Rechnung und die Investitionsrechnung in getrennten Globalbudgets aufgeführt sind. In der Produktgruppe Veterinärdienst findet sich die blaue Kontrolle als neuer Indikator. Die meisten von Ihnen werden sich nun fragen, was damit gemeint ist. Es handelt sich um eine Aufzeichnungspflicht und die Einhaltung von Absatzfristen von Tierarzneimitteln für Landwirte. Diese Massnahme ist mit dem Nachweis einer rückstandsfreien und hygienisch einwandfreien Produktion von Lebensmitteln tierischer Herkunft als Schutz für die menschliche Gesundheit begründet. Sämtliche Indikatoren wurden in der Begleitgruppe neu überarbeitet, und die Anzahl wurde nach der Vorgabe des Finanzdepartementes angepasst. Die finanziellen Abweichungen gegenüber der letzten Globalbudgetperiode sind vor allem auf die Verlagerung von Kosten innerhalb des Kantons zurückzuführen. Es geht um Abschreibungen, interne Verrechnungen und Overheadkosten. Auf der letzten Seite des Globalbudgets des Amtes für Landwirtschaft, Zusammenfassung Voranschlag 2003, hat sich ein Fehler eingeschlichen: In der Laufenden sowie in der Investitionsrechnung wurden die Worte «Gesamtaufwand» und «Gesamtertrag» verwechselt. Diesen Fehler hat man zwar in der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission und in der Finanzkommission festgestellt; er wurde aber auf dem gemeinsamen Antragsblatt nicht korrigiert. Die Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission hat das Globalbudget einstimmig genehmigt und empfiehlt Ihnen Eintreten und Zustimmung zum Beschlussesentwurf. Die CVP-Fraktion stimmt dem Globalbudget ebenfalls zu. Zum Schluss möchte ich dem Amt für Landwirtschaft für die geleistete Arbeit und die Sparbemühungen bestens danken.

Walter Wobmann, SVP. Die Landwirtschaft steckt in grossen Schwierigkeiten; das wissen wir alle. Die SVP macht sich diesbezüglich grosse Sorgen. Ich möchte an dieser Stelle aber keine Landwirtschaftsdebatte auslösen. Ich musste das einfach sagen, weil ich sehr eng mit der Landwirtschaft verbunden bin und mir diese sehr stark am Herzen liegt. Wir wissen alle, dass es hier vor allem um Bundesangelegenheiten geht, und dass dort oben geschickter taktiert werden könnte. Die SVP-Fraktion stimmt dem Beschlussesentwurf einstimmig zu.

Rosmarie Eichenberger, SP. Die SP-Fraktion ist für Eintreten und stimmt dem Globalbudget zu. Man hat lange an den Indikatoren herumgefeilt. Speziell zu verzeichnen ist, dass man auch statistische Werte unter den Indikatoren aufgeführt hat. Dies dient dem Überblick über die Entwicklung gewisser Werte. Man müsste untersuchen, ob nicht auch andere Globalbudgets Leistungsindikatoren enthalten, die rein statistische Werte sind und die auch so aufgeführt werden sollten. Man kann dann die statistischen Werte mit den effektiv erreichten und den Sollwerten vergleichen. Zum Indikator «Anteil ökologischer Ausgleichsflächen», Seite 8 oben. Beim Amt für Raumplanung entstand hinsichtlich entsprechender Indikatoren einige Verwirrung. Hier muss präzisiert werden, dass damit ökologische Ausgleichsflächen gemäss Bundesgesetzgebung gemeint sind. Die ökologischen Flächen, die der Kanton vertraglich regelt, müssen speziellen Qualitätskriterien genügen. In diesem Sinne handelt es sich um unterschiedliche Werte. Mit 14 Prozent ist der Anteil ökologischer Ausgleichsflächen relativ hoch.

Peter Wanzenried, FdP. Die FdP/JL-Fraktion stimmt dem Globalbudget ebenfalls zu. Ich möchte noch eine persönliche Bemerkung machen. Es handelt sich um die zweite Globalbudgetperiode des Amtes für Landwirtschaft. Das Mehrjahresprogramm war bereits von der ersten Periode an integriert. Es sollte auch bei andern Globalbudgets möglich sein, die Mehrjahresprogramme zu integrieren. Das Amt für Landwirtschaft musste das Globalbudget sehr rasch aufgleisen und hat es trotzdem fertiggebracht, das Mehrjahresprogramm zu integrieren. Zu den Aussagen von Rolf Grütter zu den Indikatoren. Ich bin mit dir völlig einig. Als Chef einer Fachgruppe muss ich aber sagen, das es nicht sehr einfach ist. Wir bemühen uns an jeder Sitzung, die wirkungsorientierten Indikatoren zu verbessern. Wahrscheinlich sind wir noch lange nicht am Ziel. Wir machen es uns nicht leicht, das kannst du mir glauben. Wie ein roter Faden hat sich bei allen Globalbudgets gezeigt, dass das Setzen von Indikatoren allen schwer fällt; wir stehen noch am Anfang.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress, Ziffern 1–4

Angenommen

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfes

Grosse Mehrheit (Einstimmigkeit)

131/2002**Voranschlag 2003; Änderung der Verordnung über den Finanzhaushalt; Anpassung des Globalbudgets Zivilschutz aufgrund veränderter Rahmenbedingungen, Bewilligung eines Zusatzkredites**

(Weiterberatung, siehe S. 573)

Rudolf Burri, SP, Präsident. Wir beraten nun Teil II des Voranschlags. Es liegen Anträge der CVP- und der FdP/JL-Fraktion mit gleichem Inhalt zu Seite 63 vor.

Antrag Fraktion CVP

Streichung der 5 Mio. Franken als Globalbudgetreserve.

Antrag Fraktion FdP/JL

Die im Globalbudget der Solothurnischen Spitäler aufgeführten Reserveeinlagen/-bezüge (netto) von 5'000'000 Franken sind zu streichen.

Irene Froelicher-Henzi, FdP. Nach nur einem Jahr innerhalb des laufenden Globalbudgets der Spitäler sollen 5 Mio. Franken zur Verfügung gestellt werden, damit die Spitäler Reserven bilden können. Wir sind der Meinung, damit würden die Spielregeln von WOV geändert. Ein Globalbudget ist ein Verpflichtungskredit für drei Jahre. Erst am Ende dieser Periode soll Bilanz gezogen, und erst dann sollen allenfalls Anpassungen für das neue Globalbudget vorgenommen werden. Für zusätzliche Verpflichtungen der Spitäler hat der Kantonsrat dieses Jahr bereits Nachtragskredite in zweistelliger Millionenhöhe gesprochen. Es kann doch nicht sein, dass überall dort, wo man nach einem Jahr sieht, dass man keine Reserven mehr bilden kann, Geld nachgeschoben wird. Konsequenterweise müsste jedes Globalbudget eine Produktgruppe «Reserven» enthalten. Der Indikator dazu müsste noch gefunden werden.

Margrit Huber, CVP. Auch die CVP stellt einen Antrag auf Streichung der 5 Mio. Franken. Wir sind der Meinung, es sei nicht WOV-konform, wenn man Reservekredite in ein Globalbudget integriert. Zudem ist es ein laufendes Globalbudget; und während der Laufzeit sollte man bekanntlich die Spielregeln nicht ändern. Wir haben im Spitalwesen grosszügige Nachtragskredite bewilligt, und wenn es notwendig ist, sind wir weiterhin dazu bereit. Meines Wissens sind bei der Finanzkommission bereits wieder Nachtragskredite eingegangen. Mit dem Weg über die Nachtragskredite ist die Transparenz gewährt. Bei Globalbudgetreserven hätten wir keine Kontrolle darüber, was nachher geschieht. Das ist von uns aus gesehen systemwidrig.

Esther Bosshart, SVP. Die SVP-Fraktion ist mit der Streichung der 5 Mio. Franken einverstanden und unterstützt die beiden Anträge.

Beatrice Heim, SP. Mit den 5 Mio. Franken bewegen wir uns innerhalb des für 2003 beantragten Staatsbeitrags und damit innerhalb des vom Rat bewilligten Verpflichtungskredits im Rahmen von 413,6 Mio. Franken. Es geht einzig darum, Transparenz zu schaffen. Der Bereich der Spitäler ist speziell und mit keinem anderen Bereich vergleichbar. Reserveeinlagen auszuweisen, wenn die Reserven auf null stehen ist eher eine Sicherheitsmassnahme als ein Präjudiz. Hier ändern wir gewisse Spielregeln, die nicht mehr WOV-konform sind. Es ist ein Rückfall in die Urzeiten vor WOV. Damit verunmöglichen wir ein längerfristiges Planen und das vielgerühmte unternehmerische Handeln – das Ziel von WOV. Was lösen wir damit aus? Wir würden ein schlechtes Signal aussenden, nämlich das Signal «Sparen lohnt sich nicht mehr». Sparen lohnt sich nicht mehr, denn man kann sich eh keinen Handlungsspielraum mehr erschaffen. Das Parlament wird das Geld mittels Nachtragskredit so oder so bewilligen müssen und wollen, weil es sich

einfach um Geld handelt, das gebraucht wird. Welches ist die Wirkung auf die Spitäler? Die Leute in der Spitälern werden demotiviert und der Druck auf das Personal, auf die Ärzte und die Spitalleitungen wird weiter zunehmen. Man kann nur hoffen, dass sich das nicht auch noch auf die Patientinnen und Patienten auswirkt. Würde man diesen Anträgen stattgeben, so wäre das eine Art politische Rationierung der Medizin. Zusätzlich zum bereits vorhandenen Spardruck würde ein zusätzlicher Spardruck erzeugt. Niemand hat bis jetzt gesagt, wo denn die 5 Mio. Franken eingespart werden sollen. Das haben unsere Spitäler nicht verdient. Jedes Jahr sprechen wir Dank aus; heute haben wir der Polizei gedankt, und manchmal danken wir auch dem Pflegepersonal in den Spitälern – und das tun wir zu Recht. Wir sollten aber nicht einen solchen Spardruck erzeugen, dass das Personal darunter leiden muss. Wir verdanken es vielmehr dem Personal als der Politik, dass die Betriebskosten der Spitäler im Rahmen der Teuerung und nicht stärker gestiegen sind. Was teurer wird, wissen Sie alle. Wir haben exorbitante Kosten von 41 Mio. Franken bei den Zusatzversicherten – dies dank dem unseligen Urteil des eidgenössischen Versicherungsgerichts. Sollen die Spitäler nun dafür büssen? Die SP lehnt die beiden Anträge ab.

Rolf Grütter, CVP. Beatrice Heim, ich gebe dir Recht, Spitäler sind etwas besonderes. Aber so speziell, wie du sie darstellst, sind sie trotzdem nicht. Wir kennen im Zusammenhang mit dem Budgetieren in diesem Kanton einige Grundsätze. Budgetiert wird das, was an voraussehbaren Ausgaben nötig ist und nicht mehr. Jedes andere Globalbudgetamt könnte auch einen solchen Budgetposten anführen, damit es etwas mehr Spielraum hat. Das wollen wir nicht – das ist der Sinn des Antrags. Die Spitäler haben der Finanzkommission gestern einen weiteren Nachtragskredit von 13 Mio. Franken beantragt. Wenn er notwendig ist, wird er von uns sicher nicht abgelehnt. Zusätzlichen Spielraum zu gewähren, bedeutet nicht, jemandem den Lohn zu kürzen. Bei den 5 Mio. Franken geht es um Spielraum, der seitens des Departements gefordert wird. Mit den Anträgen sagen wir, dass wir diesen Spielraum nicht geben wollen, da der ganze Bereich bereits teuer genug ist. Wir wissen, warum er so teuer ist. Wenn zusätzliches Geld benötigt wird, so muss dies ausgewiesen werden. Normalerweise wird das auch bewilligt. Dieses Prinzip kennen wir auch in andern Budgetbereichen. Diesbezüglich gibt es keinen Unterschied. Schlussendlich wird alles vom Steuerzahler bezahlt.

Rolf Ritschard, Vorsteher des Departements des Innern. Im Sinne der Gleichbehandlung aller Betriebe habe ich Verständnis für den Antrag. Einiges muss ich jedoch korrigieren. Frau Huber hat gesagt, das Parlament habe grosszügige Kredite bewilligt. Ich glaube, das Wort «grosszügig» ist völlig falsch. Sie haben sehr hohe Nachtragskredite für die Spitäler bewilligt. Der Regierungsrat hat Ihnen jedoch spartanische Nachtragskredite – nämlich nur für das dringende Notwendige – für die Spitäler beantragt. Und diese haben Sie bewilligt. Weil wir die Nachtragskredite so knapp wie möglich gehalten haben, sehen wir bereits heute wieder Mehrkosten auf uns zukommen. Ein schöner Teil der beantragten Reserven von 5 Mio. Franken – die von uns aus gesehen beschlossen werden sollten – ist bereits wieder aufgebraucht. Auch in diesem Jahr haben wir im Vergleich zu dem, was wir erwartet und erhofft haben, wieder markante Mindererträge. Wer die Quartalsabschlüsse der Spitäler studiert hat, hat dies gesehen. Das Total sämtlicher Reserven der Spitäler wird per Ende dieses Jahres praktisch aufgebraucht sein. Mindestens drei Spitäler werden Verlustvorträge aufweisen. Sie werden das nächste Jahr mit Verlustvorträgen beginnen. Wenn die 5 Mio. Franken nicht gesprochen werden, so können die betreffenden Spitäler diese Verlustvorträge nicht abschreiben. Dadurch wird die Bildung von Reserven verunmöglicht. Ich möchte nicht wiederholen, was zur Motivation gesagt wurde.

Der Nachtragskredit, Rolf Grütter, dient der Deckung der ausserkantonalen Spitalbehandlung. Er betrifft also nicht die solothurnischen Spitäler. Es sind Gelder, die wir für die Behandlung solothurnischer Patienten in ausserkantonalen Spitälern bezahlen müssen. Diese Kosten sind natürlich auch wesentlich gestiegen. Ein Teil der Behandlungen wird im Kanton ausgeführt, und ein anderer Teil ausserkantonale. Die 5 Mio. Franken, um die es jetzt geht, betreffen die innerkantonale Behandlung. Ich bitte Sie, diese Position im Globalbudget zu belassen. Wie erwähnt habe ich aus der Sicht der Gleichbehandlung Verständnis für den Antrag. Ich möchte nicht erklären, inwiefern die Spitäler speziell sind – das wissen Sie alle. Ich bitte Sie, diese Ausnahme im Hinblick auf die Motivation in den Spitälern zu machen. Normalerweise muss man Leute, die etwas freiwillig machen wollen, nicht motivieren. Es ist aber eine Tatsache, dass nicht alle von selbst in die Richtung marschieren, die man will. Also muss man einen kleinen Anreiz geben. Die 5 Mio. Franken machen wenige Prozent der Gesamtausgaben der Spitäler aus; liegen die Jahresausgaben doch bei 330 Mio. Franken. Ich bitte Sie, die Anträge abzulehnen und im Sinne der Regierung zu entscheiden.

Abstimmung

Für den gleich lautenden Antrag Fraktion CVP/Fraktion FdP/JL

Dagegen

84 Stimmen

36 Stimmen

Rudolf Burri, SP, Präsident. Wir beraten nun das Globalbudget Zivilschutz auf Seite 87. Hier liegt noch ein strittiger Antrag Wolfgang von Arx auf Kürzung vor. Zu Beschlussesentwurf 3 hingegen besteht zwischen Regierungsrat und Finanzkommission keine Differenz.

Antrag Wolfgang von Arx

Der Globalbudgetkredit von 3,336 Mio. Franken für das Jahr 2003 ist um 200'000 Franken zu kürzen.

Wolfgang von Arx, CVP. Um sparen zu können, ist eine gewisse Sturheit notwendig. Im Bereich des Zivilschutzes kann man die Sturheit nicht nur auf meiner Seite, sondern auch beim Amt sehen. Warum dieser Antrag? Ich hätte ihn sicher nicht gestellt, wenn die Regierung nicht mit einem Zusatzkredit für den Zivilschutz gekommen wäre. In diesem Bereich läuft derzeit noch eine SO⁺-Massnahme. Die Massnahme Nummer 56 verlangt eine Einsparung von 20 Prozent der Gesamtausgaben bezogen auf das Budget 2000 von 3,5 Mio. Franken. Der Voranschlag für 2003 beläuft sich auf 3,74 Mio. Franken. Die Sparaufgabe nach SO⁺ – und diese wurde von versierten Experten entwickelt – wird also nicht erreicht. Wenn ich daran denke, wie sich der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes für andere Massnahmen, etwa im Bereich Wald, eingesetzt hat, verstehe ich gewisse Reaktionen nicht ganz.

Ich habe den Antrag schriftlich begründet. Wenn wir den Zusatzkredit bewilligen, läuft das quer bezüglich der Sparmassnahmen. Ich habe aufgezeigt, wie sich das Budget des Zivilschutzes in den letzten Jahren entwickelt hat. Wahrscheinlich wird man sagen, die Zahlen seien falsch. Als Grundlage habe ich veröffentlichte Berichte des Amts für Zivilschutz verwendet. Wie Sie wissen, habe ich vor kurzem eine Interpellation zu diesem Bereich eingereicht. Vor der Einreichung der Interpellation habe ich mit dem Departementsvorsteher und dem Chef des Amts für Zivilschutz gesprochen. Mein erster Vorschlag lautete, es sollten Zahlen vorgelegt werden, die einen Vergleich mit den umliegenden Kantonen erlauben. Man hat mir gesagt, das sei nur unter grossem zeitlichen Aufwand möglich. Dieses Anliegen habe ich dann fallen gelassen. Heute wird man sicher sagen, die von mir verwendeten Zahlen seien falsch. Daraus schliesse ich, dass entsprechende Vergleichszahlen vorliegen.

Ich bin der Meinung, im Zivilschutz sei noch etwas Speck vorhanden. Ich will den Zivilschutz keinesfalls abschaffen – das war nie die Meinung. Beim Zivilschutz ist man seit 20 Jahren der Meinung, es könne nichts gespart werden. Ich erinnere daran, dass uns die Reorganisation des Zivilschutzes von 1995 und die aktuelle Reorganisation bei gleichen Aufgaben eine Reduktion um beinahe die Hälfte gebracht hat. Auch mit weniger Personal kann der Zivilschutz seine wichtigen Aufgaben heute selbstverständlich erfüllen. Die Aufgaben im Kanton Solothurn können auch mit etwas weniger Geld erfüllt werden.

Hans Walder, FdP. Ich gehe von einem Globalbudgetkredit von 3,7 Mio. Franken aus und nicht wie im Antrag von 3,3 Mio. Franken. Sonst würde nämlich eine Reduktion um 600'000 Franken beantragt, was jenseits von Gut und Böse wäre. Der Zuwachs um 200'000 Franken ist ausschliesslich auf interne Verrechnungen zurückzuführen. Das wurde dem Ausschuss der Finanzkommission glaubwürdig dargelegt. Die internen Verrechnungen, die in der letzten Zeit auf die Globalbudgets zukommen, haben eine gewisse Unruhe und Verunsicherung geschaffen, da sie im Voraus nicht budgetierbar waren. Das Amt für Finanzen hat uns zugesichert, dass diese Unsicherheiten innerhalb der nächsten ein bis zwei Jahre aufgehoben werden können, wenn die internen Verrechnungen in einen Rhythmus hineinkommen. Die SO⁺-Massnahmen im Zivilschutzbereich sind weitgehend erfüllt, indem bereits vier Stellen abgebaut wurden. Es wurde eine Einsparung von 300'000 Franken erreicht. Der Vergleich mit Baselland und Thurgau hinkt insofern, als in diesen Kantonen der bauliche Zivilschutz und der Kulturgüterschutz im Amt für Zivilschutz integriert sind. Das ist im Kanton Solothurn nicht der Fall; das macht vier Stellen aus. Ich empfehle Ihnen im Namen der Finanzkommission und der FdP/JL-Fraktion, den Antrag von Arx abzulehnen.

Jean-Pierre Summ, SP. Der Antrag von Arx geniesst in der SP eine gewisse Sympathie; eine Mehrheit wird ihm zustimmen. Wir wissen aber, dass er nicht mehrheitsfähig sein wird. Der Antrag verletzt auch die WOV-Regeln. Viel wichtiger ist uns, dass der Zusatzkredit gemäss Beschlussesentwurf 3 breit diskutiert und in Frage gestellt wird.

Jakob Nussbaumer, CVP. Wir müssen uns entscheiden, ob wir noch einen Zivilschutz wollen oder nicht. Derzeit werden 66 Zivilschutzorganisationen in 16 Zivilschutzregionen zusammengelegt – das kostet natürlich Geld. Ich finde es schade, dass sich Feuerwehr, respektive Militär und Zivilschutz nicht zusammen tun. Das werden wir kaum fertigbringen – ich habe es selber erlebt. Es gibt Leute die glauben, sie seien besser, weil sie in der Feuerwehr oder im Militär seien. Diese Situation wird wohl noch eine Gene-

ration lang anhalten – vielleicht erleben wir die Änderung einmal. Ich meine, die Reorganisation kostet Geld. Der Antrag von Arx sollte nicht unterstützt werden.

Urs Huber, SP. Die Justizkommission hat am 15. November 2000 die Frage ausführlich diskutiert, ob überhaupt ein dreijähriges Globalbudget erstellt werden sollte. Es zeigt sich nun, dass dies kein guter Entscheid war. Ein Antrag lag vor, ein Budget nur für zwei Jahre zu machen. Wir waren alle der Meinung, im dritten Jahr werde es sicher günstiger, nicht etwa teurer. Dieser Antrag wurde knapp mit neun zu sechs Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt. Mindestens zwei Vertreter des Freisinns stimmten ebenfalls dafür. Es war keine Abstimmung zwischen links und rechts. Ich sehe keinen Grund für eine Erhöhung, da wir es nicht mit einem Wachstumsbereich zu tun haben. Die angegebenen Gründe, beispielsweise die Portokosten, stehen für mich quer in der Landschaft. Ich habe vier Amtsvorsteher aus einem andern Departement gefragt, was sie hinsichtlich der Portokosten unternehmen würden. Sie haben alle gesagt, dass sie diese einfach «fressen» müssen. Für sie war es unverständlich, wie man überhaupt auf die Idee kommen könnte, aus einem solchen Grund das Globalbudget anzupassen. Eine weitere Begründung stellen die zusätzlichen Ausbildungen dar, die anstehen. Bis jetzt bestand das Problem, dass die Kurse infolge zu knapper personeller Ressourcen nicht durchgeführt werden konnten. Wenn die Kurse wieder laufen, erhalten wir von den Gemeinden Geld dafür. Dies ist eigentlich eine Entlastung. Auch dieses Globalbudget muss vernünftig geprüft werden. Ich möchte Ihnen beliebt machen, die Erhöhung nicht zu bewilligen.

Ulrich Bucher, SP. Es wird immer gesagt, man könne durch die Reduktion der Bestände viel sparen. Das stimmt. In der Ausbildung ist jedoch nicht die Anzahl Leute oder die Anzahl Diensttage massgebend, sondern die Anzahl Ausbildungstage. Daraus berechnen sich die Instruktionskosten. Zur Reduktion der Organisationen. Diese ist noch nicht vollzogen. Per Januar 2003 wird ein grosser Schritt vollzogen. Ein Jahr später wird wahrscheinlich der zweite grosse Schritt gemacht. Ich sehe jedoch nicht ein, wie Reorganisationen seitens der Gemeinden zu Minderaufwendungen beim Kanton führen sollen. Die jetzt laufenden Zusammenschlüsse sind das Resultat intensiver Arbeit, welche die Leute erbracht haben. Es gibt wohl keinen Bereich, in welchem in Zusammenarbeit unter den Gemeinden so viel gemacht wurde wie im Zivilschutz. Wir sprechen über das Sparpotenzial. Der Kostenverteiler in dieser Verbundaufgabe zwischen Kanton und Gemeinden ist noch nicht einmal andiskutiert. Wir wissen noch nicht, wer in Zukunft welche Kosten wofür übernimmt. Jetzt will man bereits herumschrauben – das ist unlogisch. Der Ablauf müsste einigermassen logisch sein. Es kommt mir vor, als würde man einen Zonenplan ändern, wenn die Baubewilligung bereits erteilt ist und die Bauarbeiten begonnen haben. So geht es nicht. Der Anteil der überwältigten Kosten fällt in dem relativ kleinen Budget ziemlich hoch aus. Das Amt kann nichts dafür, dass sie ihm zugewiesen wurden. Im Sinne der Kostenwahrheit ist das auch richtig. Der Finanzdirektor hätte natürlich Freude, wenn das der Massstab für die Überwälzung wird. Diejenigen Ämter mit hohen Globalbudgets werden dann ganz anders getroffen als jetzt der Zivilschutz. Der Antrag ist ein falsches Signal zur falschen Zeit am falschen Ort.

Jürg Liechti, FdP. Ich staune – wir erleben wieder einmal das Phänomen verschiedener Welten. Ich habe keinen Einblick in die fachlichen Details dieser Vorlage. Ich weiss aber, wie man im Militär vorgeht. In der Luftwaffe werden Truppenbestände halbiert, ganze Waffensysteme werden ausrangiert und Finanzierungen werden halbiert. Ich kann nicht verstehen, warum das beim Militär möglich sein soll und beim Zivilschutz nicht. Beim Zivilschutz verzeichnen wir ein kontinuierliches Wachstum der Kredite. Allein aus diesem Grund werde ich dem Antrag von Wolfgang von Arx zustimmen.

Leo Baumgartner, CVP. Zu den Voten von Hans Walder und Ulrich Bucher. Nächstes Jahr läuft die erste Globalbudgetperiode ab. Lassen wir doch die Vernunft walten, machen wir keine Hauruck-Übung und ändern wir nicht die Spielregeln während des Matches. Dazu besteht kein Grund, da es sich um keine reelle Krediterhöhung handelt. Betrachten wir die Sache dann, wenn wir das Globalbudget 2004 aufstellen müssen. Wir werden bei dieser Gelegenheit die Möglichkeit haben zu intervenieren. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Stephan Jäggi, CVP. 1997 habe ich eine Motion eingereicht, wonach Militär, Zivilschutz und Feuerwehr zusammengelegt werden sollten. Der Vorstoss wurde als Postulat überwiesen und liegt immer noch in der Schublade. Dies möchte ich Jakob Nussbaumer sagen. Ich habe einen nationalen Politiker auf die Situation der Schutzzräume auf nationaler Ebene hin angesprochen. Er hat in Bern nachgefragt. Je westlicher man auf der Schweizerkarte schaut, desto weniger Schutzzräume sind vorhanden. Der Kanton Solothurn weist diesbezüglich eine hohe Zahl aus. Wahrscheinlich braucht es kein Geld mehr für Schutzzräume. Not macht erfinderisch – wenn man etwas herunterfährt, muss auch etwas getan werden. Als

Gemeindepräsident habe ich einmal gesagt, manchmal würde man besser nichts tun, als das Vaterunser zu beten – man würde vielleicht mehr erreichen. (*Heiterkeit*)

Thomas Wallner, Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes. Sie wissen dass ich sehr für das Beten des Vaterunser bin. Aber ich muss Ihnen sagen, dass es nicht immer unmittelbar hilft; auch nicht beim Zivilschutz. (*Heiterkeit*) Alle Argumente, die ich mir über unser Amt zusammentragen liess, wurden bereits genannt. Kantonsrat Liechti, wir haben im Kanton in Sachen Bevölkerungsschutz mehr Aufgaben als vorher. Dies betrifft vor allem den Ausbildungsbereich. Wir müssen etwa viermal mehr ausbilden als vorher. Im Antrag Wolfgang von Arx heisst es, der Bund rechne mit etwa einer Million Franken weniger Ausgaben. Davon fallen jedoch 900'000 Franken auf die Gemeinden; auf den Kanton fallen lediglich 100'000 Franken. Zum Vergleich mit andern Kantonen. Sie haben zum Teil das Budget anders gegliedert. Der Kanton Bern hat teils bezirksweise Budgets für den Zivilschutz, was den Vergleich erschwert. Die Kantone Thurgau und Baselland siedeln wie erwähnt den Kulturgüterschutz und den baulichen Zivilschutz beim Baudepartement an. Der Kanton Baselland, der mit uns vergleichbar ist, stockt um zwei Instruktoressen auf. Der letzte Satz von Wolfgang von Arx hat mich irritiert. Wie erwähnt haben wir im Zivilschutz in den letzten Jahren zirka 11 Stellen eingespart. Jetzt stehen wir dumm da, weil wir bewiesen haben, dass wir sparen können. Daraus zieht man nämlich den Schluss, wir könnten noch mehr sparen. Ich bitte Sie, Folgendes zu bedenken. Wenn wir während des Spiels die Spielregeln ändern, so schafft das für diejenigen Leute, die hinter den Globalbudgets stehen, Unsicherheit und Unmut gegenüber WOV. Der Zivilschutz hat sich der allgemeinen 5-prozentigen Kürzung unterzogen, dann wurde ein Budget für ein Jahr bewilligt, dann wurde diskutiert, ob man ein Budget für ein Jahr oder für drei Jahre bewilligen will usw. Damit wird ständig eine unsichere Situation erzeugt. Lassen Sie die Leute doch einmal drei Jahre lang mit dem Globalbudget arbeiten. Nächstes Jahr muss für den Zivilschutz ein neues Globalbudget bewilligt werden. Alle Vorbehalte können dann neu diskutiert und im Globalbudget verarbeitet werden. Ulrich Bucher hat etwas wichtiges gesagt. Wir befinden uns auf dem Weg. Wir haben noch nicht von 11'000 auf 3000 Leute reduziert – derzeit sind wir auf dem Stand von 8000. Wir haben einen grossen Rückstand in der Kaderausbildung, weil wir viele Leute verloren haben. Man könnte noch eine ganze Reihe von Argumenten erwähnen, warum der Zusatzkredit nicht einfach kompensiert werden kann. Dieser hat an sich nichts direkt mit dem Zivilschutz, sondern mit den Gegebenheiten des Amtes zu tun, indem man beispielsweise Mieten entrichten muss.

Rudolf Burri, SP, Präsident. Urs Huber beantragt, auf den Zusatzkredit gemäss Beschlussesentwurf 3, nämlich die Erhöhung von 3,336 auf 3,836 Mio. Franken gemäss Antrag Finanzkommission, zu verzichten. Wolfgang von Arx beantragt, den Globalbudgetkredit von 3,336 Mio. Franken um 200'000 Franken zu kürzen, womit sich der Kredit noch auf 3,136 Mio. Franken belaufen würde.

Abstimmung

Für den Antrag Urs Huber	59 Stimmen
Für den Antrag Regierungsrat/Finanzkommission	46 Stimmen
Für den Antrag Wolfgang von Arx	32 Stimmen
Dagegen	70 Stimmen

Rudolf Burri, SP, Präsident. Teil II ist somit bereinigt. Wir gehen zurück zu Teil I. Wir besprechen den Voranschlag departementsweise.

Behörden

Antrag Fraktion SVP

5615 Parlamentsdienste

Der Beschluss über die Schaffung einer «Controller»-Stelle im Bereich Parlamentsdienste ist zurückzustellen und der Posten 301000 «Besoldungen» ist um den Betrag von 60'000 Franken zu kürzen.

Hans Rudolf Lutz, SVP. Per Mitte nächstes Jahr soll bei den Parlamentsdiensten eine Stelle geschaffen werden. Unsere Fraktion hat dazu zu wenige Informationen erhalten. An der nächsten Bürositzung sollen wir ausführlich über diese Stelle informiert werden. Daher stellen wir den, Antrag, dies zurückzustellen. Der Betrag muss jetzt gestrichen werden. Wir sind aber dafür, dass man das später diskutieren kann.

Kurt Fluri, FdP. Dieses Thema ist schon lange bekannt. Der Kantonsrat hat den Evaluationsbericht vom 15. Mai 2000 am 21. Juni 2000 diskutiert. Der Ausbau der Parlamentsdienste wurde an vielen Stellen des Berichts und vor allem am Schluss in den zusammenfassenden Empfehlungen als dringend notwendig angezeigt. In keinem Fraktionsvotum, auch nicht in demjenigen von Hans Rudolf Lutz, wurden am 21. Juni 2000 Vorbehalte angebracht. Mehr oder weniger alle haben betont, dass die Parlamentsdienste ausgebaut werden müssen. In diesem Sinne braucht es für den Grundsatz keine weitere Bedenkpause. An der Bürositzung vom nächsten Mittwoch wird es lediglich um den technischen Ablauf dieser Anstellung gehen. Fritz Brechbühl wird die Stellenbeschreibung erläutern. Die wichtigsten Punkte sind unter anderem die folgenden. Der Fachdienst WOV – so heisst diese Stelle – soll das Parlament, seine Kommissionen und seine Mitglieder bei der Formulierung von mittel- und langfristigen Zielen, von Qualitätsstandards und Messgrössen – sprich Indikatoren – sowie bei der Formulierung und Durchführung von Wirkungskontrollen – das heisst Evaluationen – unterstützen. Die Stelle sollte zudem Semester- und Jahresberichte zuhanden des Parlaments und der Kommissionen kommentieren. Die Stelle hat auch noch andere Aufgaben. Der Grundsatz selbst war immer unbestritten. Ich erinnere daran, dass dies auch in der WOV-Gesetzgebung, deren Vernehmlassung eben abgeschlossen wurde, unter der Aufwandposition enthalten ist. Auf Seite 25 wird ausgeführt, dass nicht zuletzt dank der ausgebauten Kapazitäten bei der Finanzkontrolle – wie wir sie heute Morgen beschlossen haben – bei den Parlamentsdiensten und dem Amt für Finanzen ein geschätzter Nutzen von insgesamt rund 6,7 Mio. Franken jährlich erzielt werden soll. Bis jetzt haben wir gute Erfahrungen gemacht. WOV ist zwar kein Sparinstrument, hat aber diesen angenehmen Nebeneffekt. Ich bitte Sie, im Sinne der Ausführungen im Jahr 2000, aufgrund der Erfahrungen und nicht zuletzt auch aufgrund der heutigen Diskussionen im Zusammenhang mit den Indikatoren den Antrag der SVP abzulehnen.

Rolf Grütter, CVP. Kurt Fluri hat das wesentliche bereits gesagt; ich möchte noch nachdoppeln. Die Controller-Stelle ist ausschliesslich für das Parlament gedacht und untersteht keinem Departementsvorsteher. Sie soll bei der Findung von Indikatoren helfen und in verschiedene Bereiche Einblick erhalten. Sie ist also ein Hilfsmittel für das Parlament, welches im Hinblick auf Transparenz usw. eine heilvolle Wirkung entfalten soll. Was Kurt Fluri an Beträgen genannt hat, spricht für sich. Selbstverständlich müssen wir dann auch überprüfen, ob die Einsparungen tatsächlich geleistet werden. Ich mache Ihnen beliebt, die ins Budget aufgenommene Stelle zu bewilligen und dem Antrag der SVP keine Folge zu leisten. Die Stelle ist schon seit langem angekündigt worden. Fritz Brechbühl hat die Informationen mindestens den Kantonsräten mit E-Mail-Adressen zugänglich gemacht. Dort hat er auch beschrieben, warum er das ins Budget aufnimmt; nämlich weil das ein Auftrag der WOV-Kommission war. Es ist nicht sinnvoll, diese Stelle jetzt zu streichen. Nicht zuletzt stehen wir immer noch unter der Versuchsverordnung und haben die einmalige Gelegenheit, mit einer solchen Stelle – sie ist selbstverständlich befristet – Erfahrungen zu sammeln. Dies könnte auch wesentlich zur endgültigen Entscheidungsfindung in Sachen WOV beitragen. Ich bitte Sie daher, den Antrag abzulehnen.

Anna Mannhart, CVP. Ich möchte auf die letzte Abstimmung zurückkommen. Wir haben über etwas abgestimmt, das anderswo hingehört. Ich stelle den Ordnungsantrag, dass der Antrag Huber im Rahmen des Beschlussesentwurfs 3 diskutiert wird. Wir haben vorhin lediglich über den Voranschlag Globalbudget Zivilschutz gesprochen. Wenn ich es richtig mitbekommen habe, haben wir dann plötzlich über Beschlussesentwurf 3 abgestimmt. Ich stelle den Ordnungsantrag, dass über den Antrag Huber im Rahmen des Beschlussesentwurfs 3 abgestimmt wird.

Rudolf Burri, SP, Präsident. Ich bin davon ausgegangen, dass bekannt ist, dass Budget und Globalbudget im Zusammenhang zueinander stehen. Selbstverständlich können wir dasselbe Thema im Rahmen des Beschlussesentwurfs 3 nochmals diskutieren.

Markus Schneider, SP. Selbst wenn das so wäre, wäre das Abstimmungsprozedere falsch. Zuerst müsste über den Antrag von Arx abgestimmt werden und am Schluss über den Antrag Kommission.

Abstimmung

Für den Ordnungsantrag Anna Mannhart

Grosse Mehrheit

Rudolf Burri, SP, Präsident. Nun stimmen wir über den Antrag SVP ab.

Abstimmung

Für den Antrag Fraktion SVP

Dagegen

Minderheit

Grosse Mehrheit

Staatskanzlei, Bau- und Justizdepartement, Departement für Bildung und Kultur, Finanzdepartement,
Departement des Innern, Volkswirtschaftsdepartement, Gerichte Keine Bemerkungen

Rudolf Burri, SP, Präsident. Wir kommen nun zur Investitionsrechnung.

Bau- und Justizdepartement, Departement für Bildung und Kultur, Finanzdepartement, Departement
des Innern, Volkswirtschaftsdepartement Keine Bemerkungen

Rudolf Burri, SP, Präsident. Damit haben wir die Detailberatung der Teile I und II abgeschlossen. An der Sitzung vom nächsten Mittwoch bereinigen wir die Beschlussesentwürfe. Ich wünsche Ihnen einen schönen Nachmittag und eine schöne Feier.

Schluss der Sitzung um 12.30 Uhr.